Staats-Anzeiger
FÜR DAS LAND HESSEN

1964 | Montag, den 6. Juli 1964 | Nr. 27

Inhalt:

Seite

Der Hessische Ministerpräsident

Erteilung des Exequaturs an den Wahlkonsul von Paraguay . 845
Bekanntmachung über die Erteilung der Befugnis zur Ausbildung von Anwärtern des gehobenen bautechnischen Dienstes 845
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten 846

Der Hessische Minister des Innern

Bekanntmachung über die Genehmigung der Verfassungsänderung der Stiftung „Forschen um zu helfen (Professor-Arthur-Weber-Stiftung)" in Bad Nauheim 846
Bekanntmachung über die Genehmigung der Satzungsänderung der Stiftung „Mathilden-Hospital zu Büdingen" 846
Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Deutsche durch Jamaika 846
Verlegung des Polizeikommissariats und der Landespolizeistation Limburg 846
Verlegung der Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden . . . 846
Paßwesen; Reiseausweise als Paßersatz zur Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland 846
Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Gemeinde Ockstadt, Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt 846
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Edelzell, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel 847
Änderung der Grenze zwischen der Stadt Witzenhausen und der Gemeinde Ermschwerd, Landkreis Witzenhausen, Regierungsbezirk Kassel 847
Zulassung neuer Feuerlöscharmaturen 847
Technische Baubestimmungen; hier: DIN 4207 — Mischbinder — Ausgabe Februar 1943 vom März 1963 847
Verwendung brennbarer Baustoffe im Hochbau 847

Der Hessische Minister der Finanzen

Grunderwerbsteuer; hier: Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Grunderwerbsteuerrechts vom 16. Dezember 1963 (GVBl. S. 129 ff.) 848
Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT — Eingruppierung der Angestellten im Erziehungsdienst 849
Länderlohntarifvertrag Nr. 9; hier: Berücksichtigung der rückwirkenden Lohnerhöhung 849

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Widmung einer im Zuge der Landesstraße 3157 zwischen Bahnhof Ottrau und Weißenborn, Landkreis Ziegenhain, Reg.-Bez. Kassel, neugebauten Strecke und Abstufung bzw. Einziehung einer Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3157 849
Aufstufung der gemeindeeigenen Angenröder- und Schulstraße in der Ortslage Ohmes, Landkreis Alsfeld, Reg.-Bez. Darmstadt, zur Kreisstraße 849

Seite

Bau und Betrieb einer 110-kV-Hochspannungsleitung von Ebsdorf, Landkreis Marburg, nach Marburg 850

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferlaubnisscheinen . . 850
Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen 850

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Hallgarten, Rheingaukreis 851
Verwaltungsänderungen der hess. Forstverwaltung; hier: Umwandlung der Revierförsterei Langenthal in eine Forstwartei 851

Personalnachrichten

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 851
D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen 853
E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz 853
G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr 853
H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen 854

Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Verordnung über die Freigabe von Sonn- und Feiertagen für das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlaß von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gem. § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß für das Gebiet der Stadt Lorsch, Landkreis Bergstraße 855
Auflösung des Pferdeversicherungsvereins Rodheim v. d. H., Krs. Friedberg 855
Auflösung des Pferdeversicherungsvereins Rockenberg, Krs. Friedberg 855

WIESBADEN

Errichtung und Aufhebung von Wohnplätzen im Landkreis Biedenkopf 855
Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger 855
Verordnung über Verkaufszeiten anläßlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen für Kassel (Innenstadt) . . 855

Öffentlicher Anzeiger 856

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen
— von Hartenrod nach Gießen 861
— von Züntersbach nach Stadt Brückenau 861
— von Ulfa nach Ober-Schmitten 861
— von Jugenheim a. d. B. nach Gernsheim 861

Der Hessische Ministerpräsident

755

Erteilung des Exequaturs an den Wahlkonsul von Paraguay, Herrn Hans Spitta

Die Bundesregierung hat dem zum Wahlkonsul von Paraguay in Frankfurt am Main ernannten Herrn Hans Spitta am 27. Mai 1964 das Exequatur erteilt.

Der Amtsbezirk des Wahlkonsulats umfaßt das Land Hessen. Das Konsulat befindet sich in

6 Frankfurt am Main, Goethestraße 30,
Fernsprecher: 28 10 75, Telex: 04-124 39 (spittaco Ffm.).
Sprechzeit: Mo.—Fr. 10 bis 11 Uhr.

Wiesbaden, 23. 6. 1964

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —
II/3 — Az. 2 e 10/07 *StAnz. 27/1964, S. 845*

756

Bekanntmachung über die Erteilung der Befugnis zur Ausbildung von Anwärtern des gehobenen bautechnischen Dienstes

Gemäß § 2 Abs. 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren bautechnischen Dienstes (Inspektorgruppe) in der Kommunalverwaltung vom 10. 2. 1958 (StAnz. S. 231) habe ich im Einvernehmen mit dem Herrn Hessischen Minister des Innern dem Kreisausschuß des Landkreises Fulda die Befugnis zur Ausbildung von Bewerbern für die Laufbahn des gehobenen bautechnischen Dienstes erteilt.

Wiesbaden, 18. 6. 1964

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
I/3 — LS 1762/04 B *StAnz. 27/1964, S. 845*

757

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 21. Juli 1963 spreche ich Herrn Reiner E r b a r in Frankfurt am Main Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 24. 4. 1964

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —
II/6-14c

StAnz. 27/1964, S. 846

Der Hessische Minister des Innern

758

Bekanntmachung über die Genehmigung der Verfassungsänderung der Stiftung „Forschen um zu helfen (Professor-Arthur-Weber-Stiftung)" in Bad Nauheim.

Die Landesregierung hat am 16. 6. 1964 den nachstehenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit bekanntgebe:

„Die von Vorstand und Kuratorium der Stiftung „Forschen um zu helfen (Professor-Arthur-Weber-Stiftung)" am 2. 4. 1964 beschlossene Verfassungsänderung wird gemäß §§ 80 und 85 BGB in Verbindung mit Art. 7 und 8 Abs. 2 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BGB vom 17. Juli 1899 (Hess. Reg.-Bl. S. 133) genehmigt."

Wiesbaden, 19. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
II f 1 — 2501 — 3/64 — D 1

StAnz. 27/1964, S. 846

759

Bekanntmachung über die Genehmigung der Satzungsänderung der Stiftung „Mathilden-Hospital zu Büdingen"

Die Landesregierung hat am 16. 6. 1964 den nachstehenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit bekanntgebe:

„Die vom Gesamtvorstand des „Mathilden-Hospitals zu Büdingen" am 5. 11. 1963 beschlossene Satzungsänderung wird hiermit gemäß §§ 80 und 85 BGB in Verbindung mit Art. 7 und 8 Abs. 2 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BGB vom 17. Juli 1899 (Hess. Reg.-Bl. S. 133) genehmigt."

Wiesbaden, 19. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IIf 1 — 2507 — 2/64 — D 2

StAnz. 27/1964, S. 846

760

Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Deutsche durch Jamaika

Die Regierung Jamaikas hat den Sichtvermerkszwang für Inhaber gültiger deutscher Pässe, die sich nicht länger als drei Monate besuchsweise in Jamaika aufhalten wollen, aufgehoben.

Ich bitte, in der Übersicht zu meinem Runderlaß vom 6. September 1963 (StAnz. S. 1094) bei Jamaika „D = SV" durch „D = frei" zu ersetzen.

Wiesbaden, 22. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 c 02

StAnz. 27/1964, S. 846

761

Verlegung des Polizeikommissariats und der Landespolizei-Station Limburg

Das Polizeikommissariat und die Landespolizei-Station Limburg haben am 19. Mai 1964 ihr neues Dienstgebäude bezogen. Sie sind nunmehr wie folgt zu erreichen:

625 Limburg (Lahn), Offheimer Weg 44
Fernsprechrufnummern:
Limburg (Lahn) 34 21, 34 22, 34 23.

Wiesbaden, 22. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IIIa 1 — Az.: 21 b 02-03

StAnz. 27/1964, S. 846

762

Verlegung der Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden

Die Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (PVB) hat am 15. April 1964 ihr neues Dienstgebäude in Wiesbaden-Erbenheim bezogen. Zum gleichen Zeitpunkt ist das Unfallkommando „Main-Taunus" in Hattersheim, das der PVB Wiesbaden angegliedert war, aufgelöst worden. Die PVB Wiesbaden ist nunmehr wie folgt zu erreichen:

1. Anschrift: Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden, 6200 Wiesbaden-Erbenheim, Am Dornheck 21

2. Fernsprechrufnummern:
Wiesbaden 7 76 23, 7 13 97, 7 13 98.

Wiesbaden, 22. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IIIa 1 — Az.: 21 b 02-03

StAnz. 27/1964, S. 846

763

Paßwesen;

Reiseausweise als Paßersatz zur Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland;

h i e r : Druckfehlerberichtigung StAnz. S. 722

In dem im StAnz. S. 722 veröffentlichten Runderlaß v. 22. 5. 1964 ist der erste Absatz fehlerhaft wiedergegeben worden.

Er muß richtig lauten:

„Der Bundesminister des Innern hat auf Grund des § 1 Abs. 1 Nr. 10 der Paßverordnung einen „Reiseausweis als Paßersatz zur Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland" eingeführt."

Wiesbaden, 24. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 c 02

StAnz. 27/1964, S. 846

764

Genehmigung eines Wappen und einer Flagge der Gemeinde Ockstadt im Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Ockstadt im Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen und die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

W a p p e n b e s c h r e i b u n g : „Schild schrägrechts geteilt, vorn in Gold ein rotes Beileisen, hinten in Schwarz drei fünfblättrige silberne Kirschblüten mit goldenem Fruchtknoten".

F l a g g e n b e s c h r e i b u n g : „Die Flagge zeigt das Gemeindewappen auf verbreiterter gelber Mittelbahn, flankiert von je zwei schwarzen Seitenstreifen, die ihrerseits wiederum von einer schmalen gelben Mittelspur durchbrochen werden".

Wiesbaden, 24. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 22/64

StAnz. 27/1964, S. 846

765

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Edelzell, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel

Der Gemeinde Edelzell im Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„Von Silber und Rot gespalten; vorn ein durchgehendes schwarzes Kreuz mit dünner senkrechter und waagrechter Trennlinie, hinten eine silberne Pflugschar."

Wiesbaden, 16. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 22/64
StAnz. 27/1964, S. 847

766

Änderung der Grenze zwischen der Stadt Witzenhausen und der Gemeinde Ermschwerd, Landkreis Witzenhausen, Regierungsbezirk Kassel

Die Hessische Landesregierung hat am 8. Mai 1964 beschlossen:

Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1964 folgendes Flurstück aus dem Gebiet der Stadt Witzenhausen ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Ermschwerd eingemeindet:

Flur 41, Flurstück 54/2 = 0,2598 ha.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.

Wiesbaden, 18. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 08 — 41/64
StAnz. 27/1964, S. 847

767

Zulassung neuer Feuerlöscharmaturen

Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Schreiben vom 10. Juni 1964 — Az.: I D 3 — 3085/6 — 1 — mitgeteilt, daß es auf Vorschlag der Zentralprüfstelle für Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen des Bayerischen Landesamtes für Feuerschutz in Regensburg folgende Feuerlöscharmaturen nach den Normvorschriften geprüft und als normgerecht anerkannt hat:

Firma August **Hoenig**, Armaturen- und Gerätebau, Köln-Nippes — Standrohr 2 B DIN 14 375 PVR — A 65/10/62

Firma Franz A. **Parsch**, Schlauchweberei, Ibbenbüren C-Saugkupplung DIN 14 321 PVR — A 103/4/63

Firma Max **Widenmann**, Armaturenfabrik, Giengen/Brenz B-Verteiler (B-CBC) DIN 14 345 PVR — A 62/7/62 Sammelstück B-2 C DIN 14 355 PVR — A 104/5/63.

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung der Länder der Bundesrepublik über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerlöschgeräten vom 8. 11. 1956 — StAnz. S. 1203 — gilt die Anerkennung auch für den Bereich des Landes Hessen.

Wiesbaden, 23. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV e — Az.: 65e/04 — 01
StAnz. 27/1964, S. 847

768

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main
Buchgasse 9

Technische Baubestimmungen;

hier: DIN 4207 — Mischbinder — Ausgabe Februar 1943** vom März 1963

Das Normblatt 4207 ist im zuständigen Arbeitsausschuß des Fachnormenausschusses Bauwesen überarbeitet worden. Die jetzt vorliegende Ausgabe Februar 1943** vom März 1963 ersetzt die bisherige Ausgabe.

Das Normblatt DIN 4207 — Ausgabe Februar 1943** vom März 1963 wird hiermit gemäß § 29 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung (HBO) als Technische Baubestimmung eingeführt.

Der Runderlaß des ehem. Reichsarbeitsministers vom 4. 3. 1943 (RABl. 1943 S. I 188 und ZdB 1943 S. 168) mit dem die Ausgabe Februar 1943 eingeführt wurde, wird gleichzeitig aufgehoben.

Bei der Verwendung von Mischbindern nach DIN 2407 ist nachstehendes zu beachten:

Mischbinder kann verwendet werden für Betonbauteile gemäß DIN 1047 — Bestimmungen für Ausführung von Bauwerken aus Beton — sowie für Mauermörtel, jedoch nicht an Stelle von Zementmörtel (Mörtelgruppe III). Besondere Vorsicht ist geboten bei der Ausführung von Bauteilen bei kühler Witterung unter + 5° C, da Mischbinder bei kühler Witterung besonders langsam erhärten, und bei Bauteilen, die durchfeuchtet werden können und in diesem Zustand der Einwirkung des Frostes ausgesetzt sind, wie z. B. Stützmauern.

Für Stahlbeton- und Spannbetonbauteile, für Stahlsteindecken und für Betonteile von Brücken (z. B. Widerlager, Grundkörper) sowie für Putzmörtel ist Mischbinder nicht geeignet.

Bei der Verwendung von Mischbindern in Bauteilen, für die eine Betongüte B 160 und mehr vorgesehen ist, sind vor Baubeginn stets Eignungsprüfungen gemäß DIN 1047 § 6 Abschnitt 3a durchzuführen, wobei auch die Steife des Betons zu prüfen ist.

Es dürfen nur Mischbinder verwendet werden, die von dauernd überwachten Werken hergestellt werden.

Ich bitte, das mit Erlaß vom 27. 2. 1964 übersandte Verzeichnis der Technischen Baubestimmungen in Abschnitt II Baustoffe, c) Bindemittel, lfd. Nr. 6 zu ergänzen und die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Abdrucke des Normblattes können durch den Beuth-Vertrieb GmbH., Berlin 15, Uhlandstr. 175, und Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahaus), bezogen werden.

Wiesbaden, 4. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16/09 — 9/64
StAnz. 27/1964, S. 847

769

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt (Main)
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt (Main)
Buchgasse 9

Verwendung brennbarer Baustoffe im Hochbau

Bezug: ohne

Die Entwicklung neuer Baustoffe und Bauarten und neue technische Erkenntnisse, die insbesondere im Rahmen der Untersuchungen zur Neufassung der DIN 4102 gewonnen wurden, machen es notwendig, zu einigen Fragen der Verwendung brennbarer Baustoffe im Hochbau Stellung zu nehmen.

1 Allgemeines

1.1 Nach § 3 Abs. 3 der Verordnung zur Durchführung der Hessischen Bauordnung — DVO HBO — vom 12. November 1963 (GVBl. I S. 157) dürfen leicht entflammbare Stoffe, die auch nach der Verarbeitung noch leicht entflammbar sind, und Stoffe, die durch die Verarbeitung leicht entflammbar werden, für Bauwerke nicht verwendet werden.

1.2 Soweit nach baurechtlichen Vorschriften schwer entflammbare Baustoffe zu verwenden sind, dürfen nach der Verordnung über Grundstückseinrichtungsgegenstände vom 27. Januar 1942 (RGBl. I S. 53) in Verbindung mit der Ersten Hessischen Bekanntmachung hierzu vom 9. September 1954 (StAnz. S. 923) nur Baustoffe eingebaut werden, für die durch Prüfzeichen nachgewiesen ist, daß sie schwer entflammbar sind. Dies gilt nicht für Bau-

stoffe, die nach Abschnitt 4.1 der mit meinem Erlaß vom 10. Dezember 1963 (StAnz. 1964 S. 114) bekanntgemachten „Ergänzenden Bestimmungen zu DIN 4102" ohne besonderen Nachweis als schwer entflammbar gelten.

1.3 Nach § 36 Abs. 2 Satz 3 HBO können unter bestimmten Voraussetzungen Teilflächen einer Brandwand in lichtdurchlässiger feuerbeständiger Bauart gestattet werden. Verglasungen sind als feuerbeständig anzusehen, wenn sie ausreichend widerstandsfähig gegen Feuereinwirkung nach DIN 4102 Bl. 3 Abschnitt C II 3 sind.

2 Wände

2.1 Für Wände, die nach den baurechtlichen Vorschriften in feuerbeständiger Bauart herzustellen sind, können geringe Anteile schwer entflammbarer Baustoffe zugelassen werden, wenn durch Prüfzeugnis nachgewiesen ist, daß die Feuerwiderstandsdauer der Wand mindestens den Anforderungen an feuerbeständige Bauarten entspricht. Für Wände, die nach baurechtlichen Vorschriften aus nicht brennbaren Baustoffen herzustellen sind, können geringe Anteile normal oder schwer entflammbarer Baustoffe zugelassen werden, sofern die Wände mindestens feuerhemmend ausgebildet werden.

2.2 Für zweigeschossige Holzhäuser in Tafelbauart und ähnliche Konstruktionen aus brennbaren Baustoffen können Ausnahmen von den Vorschriften des § 35 Abs. 2 HBO gewährt werden, sofern die tragenden Innenwände und die Außenwände des Erdgeschosses mindestens feuerhemmend ausgebildet werden.

2.3 Für Holzhäuser mit feuerhemmenden Außenwänden können Befreiungen von den Vorschriften des § 1 Abs. 1 DVO HBO erteilt werden; Verkleidungen, Anstriche und dergleichen an der Außenseite der Wände müssen jedoch mindestens schwer entflammbar sein. Die Vorschrift des § 1 Abs. 1 DVO HBO hat nicht den Schutz des Nachbarn zum Gegenstand; sie verfolgt den Zweck, Bauwerke mit Außenwänden aus brennbaren Baustoffen vor Brandeinwirkung von außen zu schützen.

3 Decken

Bei zwei- bis fünfgeschossigen Gebäuden kann für Dekken, die nach § 37 Abs. 2 und Abs. 3 Nr. 2 HBO aus nicht brennbaren Baustoffen und in mindestens feuerhemmender Bauart herzustellen sind, die Verwendung brennbarer Baustoffe für die nicht tragenden Teile der Decke gestattet werden. Für feuerbeständige Decken in Gebäuden mit geringer Brandbelastung (z. B. in Wohngebäuden oder Bürogebäuden) können geringe Anteile aus schwer entflammbaren, mit der Decke fest verbundenen Baustoffen (z. B. Gipskartonplatten, untere verlorene Schalungen aus mineralisch gebundenen Holzwolleleichtbauplatten oder Füllkörper aus mineralisch gebundener Holzwolle bei Stahlbetonrippendecken) zugelassen werden, wenn durch Prüfzeugnis nachgewiesen ist, daß die Feuerwiderstandsdauer der Decke mindestens den Anforderungen an feuerbeständige Bauarten entspricht.

4 Verkleidungen

4.1 Verkleidungen aus brennbaren Baustoffen können zum Entstehen von Schadenfeuer führen und seine Ausbreitung begünstigen. (§ 31 Abs. 1 HBO). Um dem entgegenzuwirken, sind die Forderungen der nachfolgenden Abschnitte zu beachten.

4.2 Innenverkleidungen aus brennbaren Baustoffen sollen unmittelbar auf den Wänden und Decken aufliegen. Werden sie mit Zwischenraum verlegt, so müssen Befestigungsmittel und etwaige Hinterfüllungen aus mindestens schwer entflammbaren Baustoffen bestehen. Bei großflächigen Verkleidungen sind die Zwischenräume zwischen Verkleidung und Wand in Abständen von höchstens 3,50 Meter durch Rippen aus mindestens schwer entflammbaren Baustoffen in Felder zu unterteilen.

4.3 Innenverkleidungen aus normal entflammbaren Baustoffen sind im allgemeinen unbedenklich in Räumen von Wohngebäuden und Bürogebäuden bis zu fünf Vollgeschossen.

4.4 Innenverkleidungen aus schwer entflammbaren Baustoffen sind im allgemeinen unbedenklich
a) in Räumen von Wohngebäuden und Bürogebäuden die nicht Hochhäuser sind und
b) in allgemein zugänglichen Fluren von Wohngebäuden und Bürogebäuden bis zu fünf Vollgeschossen, nicht jedoch in Zugängen vom Freien zu Treppenhäusern.

4.5 Außenverkleidungen müssen bei Gebäuden mit mehr als zwei Vollgeschossen aus mindestens schwer entflammbaren Baustoffen bei Hochhäusern aus nicht brennbaren Baustoffen hergestellt werden. Die Halterungen und Befestigungsmittel müssen in jedem Falle aus nicht brennbaren Baustoffen bestehen. Zwischenräume zwischen Verkleidung und Wand sind in jedem Geschoß durch waagerechte Rippen aus nicht brennbaren Baustoffen in Felder zu unterteilen.

4.6 Verkleidungen, die bei einem Brand brennend abtropfen, sind nicht zulässig.

4.7 Durch Verkleidungen aus normal oder schwer entflammbaren Baustoffen wird die Feuerwiderstandsfähigkeit feuerbeständiger oder feuerhemmender Bauteile nicht beeinträchtigt.

5 Dämmschichten

5.1 Für Dämmschichten in Wänden, die nach den baurechtlichen Vorschriften aus nicht brennbaren Baustoffen herzustellen sind, kann im Rahmen zulässiger Ausnahmen die Verwendung normal oder schwer entflammbarer Baustoffe gestattet werden, wenn der Brandschutz gewährleistet bleibt.

5.2 Dämmschichten in feuerbeständigen Wänden müssen aus nicht brennbaren Baustoffen bestehen. Bei mehrschaligen Wänden mit mindestens einer feuerbeständigen Schale können die Dämmschichten aus mindestens schwer entflammbaren Baustoffen hergestellt sein.

5.3 Dämmschichten aus normal oder schwer entflammbaren Baustoffen auf feuerbeständigen Decken oder auf Decken in mindestens feuerhemmender Bauart mit tragenden Teilen aus nicht brennbaren Baustoffen sind im allgemeinen unbedenklich, wenn über den Dämmschichten ein Estrich aufgebracht wird.

5.4 Dämmschichten zwischen einer harten Bedachung und einer unmittelbar darunterliegenden Decke aus nicht brennbaren Baustoffen dürfen aus normal antflammbaren Baustoffen bestehen; auf Dachflächen mit einer Ausdehnung von mehr als 500 m² sind die Dämmschichten durch mindestens 50 cm breite Streifen aus nicht brennbaren Baustoffen zu unterteilen.

6 Allgemeine Zustimmung

Für Befreiungen, die von den nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden im Rahmen dieses Erlasses beabsichtigt werden, bitte ich, die nach § 6 Abs. 3 Buchst. b Bauaufsichtsgesetz erforderlichen Zustimmungen allgemein zu erteilen. Der Bauaufsichtsbehörde der Stadt Frankfurt (Main) erteile ich hiermit die Zustimmung allgemein.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 18. 6. 1964

Der Hessische Minister des Innern
Va/Vd — 64 b 06/05 — 2/64

StAnz. 27/1964, S. 847

770

Der Hessische Minister der Finanzen

Grunderwerbsteuer;

hier: Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Grunderwerbsteuerrechts vom 16. Dezember 1963 (GVBl. S. 192 ff.)

Bezug: Erlaß vom 5. Februar 1964 — S 4600 — 33 — II/42 —

Ziffer 12 Buchst. k des o. a. Erlasses ist in folgender Fassung anzuwenden:

§ 4 Abs. 1 Nr. 9 Buchst. k

aa) Im Enteignungsverfahren ist der frühere Eigentümer nach § 100 Abs. 1 Nrn. 2 und 3, Abs. 2 und 3 Bundesbaugesetz unter bestimmten Voraussetzungen in Land zu entschädigen. Verfügt der Enteignungsbegünstigte über solches Ersatzland nicht, so muß er sich dieses freihändig oder notfalls im Wege der Enteignung beschaffen. Der Erwerb dieses Ersatzlandes bleibt steuerfrei, da der Enteignungsbegünstigte Zwischenerwerber ist und der Er-

werb des Grundstücks zur Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen durchgeführt wird.

bb) ...

Wiesbaden, 11. 6. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
S 4600 — 33 — II/42
StAnz. 27/1964, S. 848

771

Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT — Eingruppierung der Angestellten im Erziehungsdienst —;

hier: Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands — GÖD —

Bezug: Mein Erlaß vom 13. April 1964 — P 2102 A — 40/18 — I 4 a — (StAnz. S. 573)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben am 28. April 1964 mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands — GÖD — einen Anschlußtarifvertrag zum Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT vom 13. Januar 1964 betr. die Eingruppierung der Angestellten im Erziehungsdienst abgeschlossen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Von einer Veröffentlichung des Anschlußtarifvertrages und einer nochmaligen Bekanntgabe des Tarifvertrages vom 13. Januar 1964 sehe ich ab.

Wiesbaden, 15. 6. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2048 A — 12 — I 41
StAnz. 27/1964, S. 849

772

Länderlohntarifvertrag Nr. 9;

hier: Berücksichtigung der rückwirkenden Lohnerhöhung

Bezug: Mein Erlaß vom 27. Mai 1963 — P 2201 A — 55 — I 4 a — (StAnz. S. 641)

Abschnitt I Nr. 5 des Bezugserlasses wird aus gegebener Veranlassung wie folgt gefaßt:

„5. Der Länderlohntarifvertrag Nr. 9 ist rückwirkend mit dem 1. April 1963 in Kraft getreten. Da eine pauschale Abgeltung der Lohnerhöhung für die Zeit vom 1. April 1963 bis zum Abschluß des Tarifvertrages nicht vereinbart worden ist, müssen sämtliche Lohnabrechnungen für die Zeit vom 1. April 1963 an wiederholt werden. Das gilt auch für die Fälle, in denen bei der Berechnung von Krankenbezügen nach § 42 Abs. 6 Unterabs. 2 und 3 MTL i. d. F. meines Erlasses vom 31. Juli 1961 — P 2261 A — 2 — I 4 a — nach dem 31. März 1963 liegende Zeiträume berücksichtigt werden müssen.

Soweit nach § 30 Abs. 1 Unterabs. 2 MTL in einzelnen Fällen Wochen- oder Monatslöhne festgesetzt sind, müssen Neufestsetzungen unter Zugrundelegung der erhöhten Stundenlöhne vorgenommen werden. Dabei ist zu beachten, daß vom 1. April 1964 bzw. vom 1. Oktober 1964 an die Löhne der Anlage 2 bzw. der Anlage 3 zum Lohntarifvertrag zugrunde zu legen sind. Entsprechende Neufestsetzungen sind auch für etwa nach § 30 Abs. 2 MTL durch Einzelarbeitsvertrag festgesetzte Pauschalzuschläge oder Gesamtpauschallöhne erforderlich."

Wiesbaden, 19. 6. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2201 A — 55 — I 42
StAnz. 27/1964, S. 849

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

773

Widmung einer im Zuge der Landesstraße 3157 zwischen Bahnhof Ottrau und Weißenborn, Landkreis Ziegenhain, Reg.-Bez. Kassel, neugebauten Strecke und Abstufung bzw. Einziehung einer Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3157

1. Die im Zuge der Landesstraße 3157 zwischen Bahnhof Ottrau und Weißenborn, Landkreis Ziegenhain, Reg.-Bez. Kassel, neugebaute Strecke von km 2,232 neu (= 2,231 alt) bis km 2,415 neu (= km 2,495 alt) = 183 m, wird mit Wirkung vom 1. 7. 1964 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437—).

Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3157 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3157 von km 2,231 alt (= km 2,232 neu) bis km 2,495 alt (= km 2,415 neu) = 264 m, verliert mit Ablauf des 30. 6. 1964 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße. Sie wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:

a) die Teilstrecke von km 2,406 alt bis km 2,495 alt (= km 2,415 neu) = 89 m, wird mit Wirkung vom 1. 7. 1964 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Weißenborn über (§§ 5, 43 HStrG).

b) die Teilstrecke von km 2,231 alt (= km 2,232 neu) bis km 2,406 alt = 175 m, wird mit Wirkung vom 1. 7. 1964 eingezogen, da kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Von der Ankündigung der Einziehung gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung einer Teilstrecke im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 15. 6. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63 a 30 *StAnz. 27/1964, S. 849*

774

Aufstufung der gemeindeeigenen Angenröder- und Schulstraße in der Ortslage Ohmes, Landkreis Alsfeld, Reg.-Bez. Darmstadt, zur Kreisstraße

Der in der Ortslage Ohmes, Landkreis Alsfeld, Reg.-Bez. Darmstadt, gelegene Straßenzug, bestehend aus der gemeindeeigenen Angenröder- und Schulstraße, von km 0,815 alt bis km 1,615 neu = 800 m, hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. 10. 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Er wird mit Wirkung vom 1. 1. 1965 in die Gruppe der Kreisstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Kreisstraße 61 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen.

Die Baulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Landkreis Alsfeld über.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 12. 6. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63 a 30 *StAnz. 27/1964, S. 849*

775

Bau und Betrieb einer 110-kV-Hochspannungsleitung von Ebsdorf, Landkreis Marburg, nach Marburg

Anordnung

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit Artikel 129 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung v. 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover, die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in der kreisfreien Stadt Marburg und in dem Landkreis Marburg, Regierungsbezirk Kassel, für den Bau und Betrieb einer 110-kV-Hochspannungsleitung von Ebsdorf nach Marburg zum Anschluß des im Bau befindlichen 110/20-kV-Umspannwerkes Marburg im Wege der Enteignung für zulässig erklärt.

Auf das Verfahren findet das preußische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. April 1922 (GS. S. 211) Anwendung.

Für die Enteignung von Grundeigentum des Staates und von Rechten des Staates an Grundeigentum bedarf es einer besonderen Anordnung.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteingnung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens nicht bis zum 30. Juni 1965 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 15. 6. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
IV b — 215 E — 135
In Vertretung:
gez. Dr. Lutz

StAnz. 27/1964, S. 850

776

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferlaubnisscheinen

Nachstehend aufgeführter Sprengstofferlaubnisschein wird hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Jahr der Ausstellung des Scheines	Aussteller
Pitzer, Otto, Karl Bottenhorn/Kr. Biedenkopf	B 95 1962	Gewerbeaufsichtsamt Limburg/L.

Wiesbaden, 18. 6. 1964

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
III b 1 — Az.: 53c 04.05.2 — Tgb.Nr. 7116/64

StAnz. 27/1964, S. 850

777

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen

Bevölkerungszahl: 5 004 893 Monat: Mai 1964 (3. 5. — 30. 5. 1964) (Der Monat setzt sich aus 4 Wochenberichten zusammen)

Reg.-Bezirk	E = Erkrankungsfall T = Todesfall	Enteritis infectiosa: Salmonellose	Enteritis infectiosa: übrige Formen	übertragbare Gehirnentzündung	Übertr. Kinderlähmung: insgesamt	Übertr. Kinderlähmung: davon paralytisch	Ornithose: Psittakose	Ornithose: übrige Formen	Paratyphus A und B	Ruhr: Bakterielle Ruhr	Ruhr: Amöbenruhr	Typhus abdominalis	Diphtherie	Scharlach	Brucellose: Bangsche Krankheit	Brucellose: Maltafieber	Brucellose: übrige Formen	Übertr Hirnhautentzündung: Meningokokken Meningitis	Übertr Hirnhautentzündung: übrige Formen	Hepatitis infectiosa	Leptospirose: Weilsche Krankheit	Leptospirose: Feldfieber	Leptospirose: Canicolafieber	Leptospirose: übrige Formen	Verletzung durch tollwutkranke oder -verdächtige Tiere*)	Malaria	Bazillismus	Toxoplasmose	Tetanus	Lepra	Todesfall an: Grippe (Virusgrippe)	Todesfall an: Keuchhusten	Todesfall an: Masern
Reg.-Bezirk DARMSTADT	E	1	1	—	—	—	1	—	3	18	—	2	3	77	—	—	—	5	6	21	—	—	—	—	6	1	1	—	—		—	—	—
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	(11)	—	—	—	—		—	—	—
Reg.-Bezirk KASSEL	E	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	70	—	—	—	3	4	26		—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
	T	1		—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—													
Reg.-Bezirk WIESBADEN	E	—	—	—	—	—	—	—	3	4	1	3	—	89	—	—	—	5	5	27	—	—	—	—	3	—	—	2	—	—	—	—	—
	T								—	—	—	—		—				—	—	—					(6)			—					
Land HESSEN	E	2	1	1	—	—	1	—	6	22	1	7	3	236	—	—	—	13	15	74		—	—	—	11	1	1	2	—	—	—	—	—
	T	1	—	—			—		—	—	—	1	—	—				1	—	2					(17)	—		—					

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, 15. 6. 1964

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
— VI e — 18 d 02 —

StAnz. 27/1964, S. 850

778

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Hallgarten, Rheingaukreis

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke eines Teiles der Gemarkung Hallgarten sowie der Flur 6 der Gemarkung Hattenheim (teilweise) wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die aus der Anlage I zu diesem Beschluß ersichtlichen Flurstücke festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet ist auf der Gebietskarte durch einen orangen Farbstreifen gekennzeichnet und hat eine Größe von ca. 335 ha. Die Anlage I und die Gebietskarte bilden einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Hallgarten (Rheingau)" mit dem Sitz in Hallgarten, Rheingaukreis. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wiesbaden, Schützenhofstr. 3, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. § 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben. Das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht, sowie in der Gemeinde Hallgarten und den Nachbargemeinden Oestrich, Mittelheim, Kiedrich, und Hattenheim öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte sowie der Anlage I zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern dieser Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

7. Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt Wiesbaden, Parkstraße Nr. 44, als obere Flurbereinigungsbehörde, erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 9. 6. 1964

Landeskulturamt
WF 361 — Hallgarten — 16294/64
StAnz. 27/1964, S. 851

779

Verwaltungsänderungen der hess. Forstverwaltung;
hier: Umwandlung der Revierförsterei Langenthal in eine Forstwartei

Durch Erlaß vom 5. 6. 1964, III f — I/1454 — 301.04 wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1964 die Umwandlung der seitherigen Revierförsterei Langenthal im Hessischen Forstamt Hirschhorn in eine Forstwartei angeordnet. 62 ha dieses Dienstbezirkes werden gleichzeitig der benachbarten Revierförsterei „Rotes Bild" zugeschlagen.

Wiesbaden, 16. 6. 1964

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
IIIf — I/1454 — 301.04
StAnz. 27/1964, S. 851

780

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Regierungsrat (BaL) Regierungsassessor Heinz-Günter Piechaczek (14. 5. 1964);

zum Regierungsassessor (BaP) Assessor i. A. Günter Pitthan (6. 4. 1964);

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor Hans Reubold (31. 3. 1964);

zum Regierungsoberbauinspektor die Regierungsbauinspektoren Albrecht Georgi (8. 4. 1964), Heinz Hill (8. 4. 1964);

zum Regierungsinspektor (BaL) apl. Regierungsinspektor (BaP) Uwe Krügler (23. 4. 1964), Regierungssekretär (BaP) Helmut Seeger (15. 5. 1964);

zum Regierungsinspektor apl. Regierungsinspektor Franz Plobner, LA Friedberg (5. 5. 1964);

zum apl. Regierungsinspektor (BaP) die Regierungsinspektäranwärter Volker von Ah (24. 4. 1964), Heinz-Peter Schaubach (24. 4. 1964), Franz Volkers (24. 4. 1964), apl. Regierungssekretär Werner Mosgraber (26. 3. 1964);

zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär (BaL) Heinrich Schulmeyer, LA Groß-Gerau (31. 3. 1964);

zum Regierungsobersekretär die Regierungssekretäre (BaL) Heinrich Winter LA Darmstadt (31. 3. 1964), Rudolf Wiegand, LA Alsfeld (30. 4. 1964);

zum Regierungsobersekretär (BaL) Regierungssekretär (BaP) Willi Gremm, LA Bergstraße (29. 4. 1964);

zum apl. Regierungssekretär (BaP) Kreisangestellter Manfred Völkel, LA Büdingen (18. 3. 1964), die Regierungssekretäranwärter (BaW) Günter Claus (20. 4. 1964), Helma Fuhr (20. 4. 1964), Horst Kälber (20. 4. 1964), Kreisangestellter Heinrich Krömmelbein, LA Lauterbach (30. 4. 1964), Angestellter Friedrich Franke (14. 5. 1964);

zum Regierungssekretäranwärter (BaW) die Bewerber: Alfred Bauer (1. 4. 1964), Reinhard Glaser (1. 4. 1964), Gerd Heß (1. 4. 1964), Klaus Dintelmann (1. 4. 1964), Rudolf Knörnschild (1. 4. 1964), Harald Maul (1. 4. 1964), Monika Mai (1. 4. 1964), Herbert Möser (1. 4. 1964), Gerhard Müller (1. 4. 1964), Willi Steiger (1. 4. 1964), Bernd Stumpf (1. 4. 1964), Reinhard Wennrich (1. 4. 1964), Werner Zehner (1. 4. 1964);

zum Regierungsinspektoranwärter (BaW) die Bewerber Fritz Drexler (1. 4. 1964), Holger Kartscher (1. 4. 1964); Hans Meyer (1. 4. 1964), Hans-Joachim Schmidt (1. 4. 1964), Armin Stumpf (1. 4. 1964), Hermann Weichsel (1. 4. 1964); Wolfgang Werner (1. 4. 1964), Hans Willems (1. 4. 1964); Regierungssekretäranwärter Werner Schmidl (3. 4. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Regierungssekretär Karl-Ludwig Palmy (6. 5. 1964);

entlassen
Regierungsoberinspektor Heinrich Bengel, LA Darmstadt mit Ablauf des 2. 3. 1964 gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG.

für den Bereich der staatlichen Polizei im Regierungsbezirk Darmstadt

ernannt

zum Polizeihauptmeister (BaL) die Polizeiobermeister (BaL) Alfred Schmidt, LA — PK — Darmstadt (24. 3. 1964), Jakob Sohn, LA — PK — Offenbach (26. 3. 1964), Egon Heimberger, LA — PK — Offenbach (26. 3 .1964), Walter Buch, EdL Darmstadt (26. 3. 1964), Willi Klein, LA — PK — Dieburg (26. 3. 1964), Alexander Bukowski, LA — PK — Alsfeld (31. 3. 1964), Paul Heß, LA — PK — Alsfeld (31. 3. 1964), Ernst Schneider, LA — PK — Friedberg (31. 3. 1964);

zum Polizeiobermeister die Polizeimeister (BaL) Norbert Schulz, LA — PK — Gießen (31. 3. 1964), Wilhelm Rettig, EdL Darmstadt (26. 3. 1964), Willy Geyer, EdL Darmstadt (26. 3. 1964), Kurt Geißler, LA — PK — Friedberg (31. 3. 1964);

zum Polizeimeister die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Hans Zimmermann, LA — PK — Darmstadt (24. 3. 1964); Helmut Keller, LA — PK — Gießen (26. 3. 1964), Werner Schneider, LA — PK — Erbach (25. 3. 1964), Willi Schmidt, PVB Darmstadt (25. 3. 1964), Horst Saunus, LA — PK — Erbach (25. 3. 1964), Friedrich Wolf, LA — PK — Friedberg (26. 3. 1964), Friedrich Schwarz, LA — PK — Darmstadt (24. 3. 1964), Karl-Heinz Gebauer, LA — PK — Friedberg (26. 3. 1964), Werner Seyfried, LA — PK — Gießen (26. 3. 1964), Franz Hildenbeutel, PVB Darmstadt (25. 3. 1964), Willy Edelmann, LA — PK — Dieburg (26. 3. 1964), Georg Zintel, EdL Darmstadt (26. 3. 1964);

zum Kriminalhauptmeister die Kriminalobermeister (BaL) Bernhard Flug, StKK Gießen (20. 3. 1964), Armin Schneider, StKK Gießen (20. 3. 1964), Walter Götz, KI Darmstadt (20. 3. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
die Polizeihauptwachtmeister Horst Dietz, LA — PK — Friedberg (12. 3. 1964), Karl Greb, LA — PK — Lauterbach (9. 4. 1964), Reinhold Nüchter, LA — PK — Lauterbach (9. 4. 1964);

in den Ruhestand versetzt
Polizeihauptmeister Walter Rohn, LA — PK — Friedberg (1. 4. 1964);
die Polizeiobermeister Karl Jacobi, LA — PK — Offenbach (1. 4. 1964), Alfried Axer, LA — PK — Darmstadt (1. 4. 1964);
die Polizeimeister Anton Unterstab, LA — PK — Gießen (1. 4. 1964), Ernst Ruhland, LA — PK — Erbach (1. 4. 1964);
Polizeihauptwachtmeister Alois Brückner, LA — PK — Alsfeld (1. 4. 1964);

entlassen auf eigenen Antrag
Polizeiobermeister Robert Jaksch, LA — PK — Darmstadt (31. 3. 1964).

Darmstadt, 22. 5. 1964

Der Regierungspräsident
P 2 — 7 1 02/07
StAnz. 27/1964, S. 851

g) Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt

ernannt

zum Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor (BaL) Leonhard Lohnes (27. 5. 1964).

Darmstadt, 27. 5. 1964

Hessische Brandversicherungskammer
2b — 24/I/2
StAnz. 27/1964, S. 852

c. Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Amtsgehilfen (BaP) Kreisangestellter Kaspar Henkel LA Kassel (16. 3. 1964);

zum Regierungsinspektor Regierungsobersekretär Franz Aha LA Hünfeld (21. 5. 1964);

zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär Ludwig Schneider LA Wolfhagen (12. 5. 1964);

zum Regierungssekretär Polizeihauptwachtmeister Ludwig Salinger LA Waldeck in Korbach (20. 5. 1964);

zum apl. Regierungssekretär (BaP) Kreisangestellter Klaus Hobein LA Kassel (12. 5. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Regierungssekretär Heinz Carrier LA Hofgeismar (27. 5. 1964);

in den Ruhestand versetzt
Regierungsobersekretär Heinrich Siemon (1. 6. 1964);

ernannt

zu Polizeihauptwachtmeistern Polizeioberwachtmeister Rolf Dippel (14. 5. 1964) und die Polizeiwachtmeister Klaus Schultheis (20. 5. 1964), Norbert Thomas (14. 5. 1964), Rolf Werner (14. 5. 1964), Hans Hofmann (27. 5. 1964);

zum Polizeihauptmeister Polizeiobermeister Oskar Nelke (5. 5. 1964) — sämtlich Einsatzleitung der Landespolizei;

zum Kriminalhauptmeister Kriminalobermeister Franz Lifka (8. 5. 1964);

zum Kriminalmeister Polizeihauptwachtmeister Günther Ullrich (27. 4. 1964) — Kriminalinspektion.

bei der staatlichen Polizei RP Kassel

ernannt

zu Polizeihauptmeistern die Polizeiobermeister (BaL) Karl Hellwig, Landrat — PK — Frankenberg (12. 5. 1964), Adolf Grunewald, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (14. 5. 1964), Karl Gries, Landrat — PK — Hersfeld (13. 5. 1964);

zu Polizeiobermeistern die Polizeimeister (BaL) Joseph Alker, Landrat — PK — Fulda (15. 5. 1964), Wilhelm Meyer, Landrat — PK — Waldeck (15. 5. 1964);

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Karl-Heinz Duschka, Landrat — PK — Fulda (15. 5. 1964), Rudolf Kromer, Landrat — PK — Fulda (15. 5. 1964), Georg Bätz, Landrat — PK — Hersfeld (15. 5. 1964), Karl Hauser, Landrat — PK — Melsungen (14. 5. 1964), Friedrich Fischer, Landrat — PK — Rotenburg (12. 5. 1964), Hans Becker, PVB Kassel (16. 5. 1964), Karl Eckhardt, PVB Kassel (16. 5. 1964), Heinz Umbach, PVB Kassel (14. 5. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
der Polizeihauptwachtmeister (BaP) Siegward Hochstaedt, Landrat — PK — Waldeck (11. 5. 1964);

Versetzt durch Verfügung des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main vom 20. 4. 1964 mit Einverständnis gemäß § 30 HBG von der Polizeiverwaltung Frankfurt am Main
die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Klaus Becker, Landrat — PK — Melsungen (1. 5. 1964), Kurt Schwarzer, Landrat — PK — Kassel (1. 5. 1964), Werner Wolf, Landrat — PK — Rotenburg (1. 5. 1964);

versetzt durch die Verfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf — 25. 1. — 3002 — vom 144. 4. 1964 mit Einverständnis gemäß § 30 HBG von der Kreispolizeibehörde Moers zum Landrat — PK — Hünfeld
Polizeihauptwachtmeister (BaL) Anselm Piechutta, Landrat — PK — Hünfeld (1. 5. 1964).

Kassel, 8. 6. 1964

Der Regierungspräsident
P 1 Az. 7 0 16/03 B
StAnz. 27/1964, S. 852

d. Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum Polizeihauptmeister Polizeiobermeister (BaL) Werner Pöthe, Landrat — PK — Dillenburg (12. 5. 1964);

zum Polizeimeister die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Franz Donth, Landrat — PK — Rheingau (19. 5. 1964), Karl Schmittel, PVB Idstein (21. 5. 1964), Hans Zöller, Landrat — PK — Limburg (22. 5. 1964);

zum Polizeihauptwachtmeister die Polizeiwachtmeister (SB) (BaP) Jürgen Herold, PVB Wiesbaden (19. 5. 1964), Hans-Wolfgang Joch, Reg.-Präs. — EdL — Wiesbaden (13. 5. 1964), Klaus Keller, PVB Idstein (15. 5. 1964), Dieter Klein, Landrat — PK — Untertaunus (20. 5. 1964), Helmut Kreiß, Landrat — PK — Hanau (17. 5. 1964), Horst Krieger, Reg.-Präs. —EdL — Wiesbaden (13. 5. 1964), Hans-Georg

Kuhn, Reg.-Präs. — EdL — Wiesbaden (13. 5. 1964), Horst Mayer, Landrat — PK — Usingen (14. 5. 1964), Otto Moritz, Landrat — PK — Hanau (16. 5. 1964), Herbert Mühlhans, PVB Wiesbaden (19. 5. 1964), Hartmut Neufeld, Landrat — PK — Obertaunus (27. 5. 1964), Hans-Rolf Seltner, Reg.-Pr. — EdL — Wiesbaden (13. 5. 1964), Franz Wagner, Landrat — PK — Usingen (14. 5. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeihauptwachtmeister Alfred Schuppler, Landrat — PK — Dillenburg (12. 5. 1964);

in den Ruhestand versetzt

Polizeihauptwachtmeister (BaL) Willi Jost, Landrat — PK Oberlahn (1. 6. 1964).

Wiesbaden, 27. 5. 1964

Der Regierungspräsident
Dezernat I 3 LP
StAnz. 27/1964, S. 852

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

a) Hessisches Finanzgericht Kassel

ernannt

zum Richter kraft Auftrags: Regierungsrat Willi Schumann (21. 2. 1964);

zum Regierungsoberinspektor: Regierungsinspektor Werner Hintze (1. 6. 1964).

Kassel, 10. 6. 1964

Der Präsident des Hessischen Finanzgerichts
P 1400

StAnz. 27/1964, S. 853

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

ernannt

Regierungsinspektor Hans Minor bei der Strafanstalt Butzbach zum Regierungsoberinspektor im Hessischen Justizministerium.

Wiesbaden, 18. 6. 1964

Der Hessische Minister der Justiz
ZB pers. M 20

StAnz. 27/1964, S. 853

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

c) Landesamt für Bodenforschung

ernannt

zum Regierungsdirektor Oberregierungsgeologe Dr. Friedrich Nöring (14. 2. 1964 — BaL);

zur Regierungsgeologin z. A. Diplom-Geologin Dr. Renate Motzka (3. 3. 1964 — BaP);

zum Regierungsgeologen z. A. Geologe Dr. Arno Semmel (29. 1. 1964 — BaP);

zum Regierungskartographenoberinspektor Regierungskartographeninspektor Johannes Neumann (18. 3. 1964 — BaL);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsgeologe Alfred Finkenwirth (10. 1. 1964);

d) Bergbauverwaltung

ernannt

zum Bergrat Bergassessor Hartmut Schade (23. 1. 1964 — BaL), Dipl.-Ing. Ernst-August Hennemann (31. 12. 1963 — BaP);

zum Bergreferendar Dipl.-Ing. Peter Schuchardt (14. 4. 1964 — BaW);

e) Eichverwaltung

zum Eichamtmann Eichoberinspektor Friedrich Krapf (25. 2. 1964 — BaL);

zum Eichoberinspektor Eichinspektor Kurt Pfeiffer (28. 2. 1964 — BaL);

zu Eichinspektoren die ap. Eichinspektoren Hans-Jürgen Blank (21. 1. 1964 — BaL), Ernst-Heinrich Kriebel (20. 1. 1964 — BaL), Eichmeister Gustav Schmidt (30. 12. 1963 — BaL);

zum Haupteichmeister Obereichmeister Wilhelm Sauerwein (16. 3. 1964 — BaL);

zum Obereichmeister Eichmeister Max Grimmich (10. 4. 1964 — BaL);

zum Regierungsobersekretär Regierungssekretär Christoph Krumb (26. 2. 1964 — BaL);

in den Ruhestand versetzt

Regierungsamtmann Philipp Schanz auf eigenen Antrag mit Ablauf des Monats März 1964;

f) Straßenbauverwaltung

ernannt

zu Oberregierungsbauräten die Regierungsbauräte Karl Adelsgruber (28. 2. 1964 — BaL), Gerhard Bindseil (28. 2. 1964 — BaL), Erich Domes (28. 2. 1964 — BaL), Herbert Kirstein (28. 2. 1964 — BaL), Wilhelm Köppchen (26. 3. 1964 — BaL), Heinrich Marg (26. 3. 1964 — BaL);

zu Regierungsbauräten die Regierungsbauassessoren Siegfried Desenritter (28. 2. 1964 — BaL), Joachim Kirsten (10. 3. 1964 — BaL);

zum Regierungsbaureferendar Dipl.-Ing. Gerhard Benner (1. 10. 1963 — BaW);

zu Regierungsbauamtmännern die Regierungsoberbauinspektoren Karl Bastian (31. 1. 1964 — BaL), Richard Becker (27. 2. 1964 — BaL), Herbert Döring (28. 2. 1964 — BaL), Johann Hohmann (5. 3. 1964 — BaL), Friedrich Kühl (20. 2. 1964 — BaL), Kurt Vorländer (28. 2. 1964 — BaL), Heinrich Wittmeyer (30. 1. 1964 — BaL);

zu Regierungsoberbauinspektoren die Regierungsbauinspektoren Helmut Blank (27. 2. 1964 — BaL), Anton Klersy (27. 2. 1964 — BaL); Hans Heinrich Knierim (28. 2. 1964 — BaL), Johannes Kilian (26. 2. 1964 — BaL), Heinrich Schönhals (30. 1. 1964 — BaL);

zu Regierungsoberinspektoren die Regierungsinspektoren Georg Peter Gajowski (20. 3. 1964 — BaL), Heinrich Hasler (20. 2. 1964 — BaL), Horst Lehnhardt (31. 1. 1964 — BaL), Adolf Lohr (25. 2. 1964 — BaL), Hans Lotz (30. 1. 1964 — BaL), Werner Luderer (26. 2. 1964 — BaL), Erich Petzold (21. 2. 1964 — BaL);

zum Regierungsbauinspektor Bauingenieur Helmut Kömpel (21. 12. 1963 — BaL);

zu Regierungsinspektoren die ap. Regierungsinspektoren Klaus Cipriani (30. 1. 1964 — BaP), Klemens Grabowski (30. 1. 1964 — BaP), Regierungsobersekretär Karl-Heinz Gerhold (31. 1. 1964 — BaL);

zu ap. Regierungsinspektoren die Regierungsinspektoranwärter Peter Janowsky (13. 2. 1964 — BaP), Hanno Michel (13. 2. 1964 — BaP);

zu Regierungshauptsekretären die Regierungsobersekretäre Hermann Cromm (28. 2. 1964 — BaL); Joseph Schuhmann (20. 2. 1964 — BaL);

zu Amtsmeistern Hauptamtsgehilfe Heinrich Ihrig (31. 1. 1964 — BaL), Hausmeister Richard Bluhm (30. 1. 1964 — BaL);

zum Oberamtsgehilfen Amtsgehilfe Karl Schuchard (28. 2. 1964 — BaL);

zu Regierungsbauinspektoranwärtern Walter Battenberg (31. 12. 1963 — BaW), Karlheinz Bischof (31. 12. 1963 — BaW), Georg Schultheis (29. 1. 1964 — BaW);

zum Regierungsinspektoranwärter Alfred Neubeck (1. 4. 1964 — BaW);

zu Regierungssekretäranwärtern Peter Nestel (1. 4. 1964 — BaW), Herbert Neubeck (1. 4. 1964 — BaW);

in den Ruhestand getreten

die Regierungsoberbauinspektoren Johann Karl Göller mit dem Ende des Monats Februar 1964, Wilhelm Liesenfeld mit dem Ende des Monats März 1964, Technischer Regierungshauptsekretär Adolf Adam mit dem Ende des Monats März 1964, Betriebswart Ferdinand Neumeister mit dem Ende des Monats Februar 1964;

in den Ruhestand versetzt auf eigenen Antrag

Regierungsoberbauinspektor Friedrich Kullmann mit Ablauf des Monats Februar 1964;

Regierungsoberinspektor Richard Schöpp mit Ablauf des Monats Januar 1964;

auf eigenen Antrag entlassen
Regierungssekretäranwärter Walter Ebel mit Ablauf des Monats März 1964;

Wiesbaden, 30. 4. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
Z 2 b — 7 o — 16 — 11
StAnz. 27/1964, S. 853

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum apl. Regierungssekretär unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe Reg.-Sekretäranwärter Walter Neumann beim Technischen Überwachungsamt Darmstadt (21. 4. 1964).

Darmstadt 11. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III/A — 7 1 02 (3)
StAnz. 27/1964, S. 854

b. Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Regierungsveterinärrat (BaL) Regierungsveterinärassessor (BaP) Dr. Wilhelm Kersten, Staatl. Vet.-Unters.-Amt Gießen (4. 3. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungschemierat (BaP) Dr. Rudolf Thalacker, Staatl. Chem. Unters.-Amt Gießen (18. 3. 1964).

Darmstadt, 22. 5. 1964

Der Regierungspräsident
P 2 — 7 1 02/07
StAnz. 27/1964, S. 854

*

ernannt

zum Gewerbesekretäranwärter unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf Herr Herbert Thomin beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Darmstadt (20. 4. 1964);

zum Reg.-Sekretäranwärter unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf Verw.-Angestellter Friedel Feldmann beim Technischen Überwachungsamt Darmstadt (7. 4. 1964).

Berichtigung:

Im StAnz. 1964 S. 557 muß es statt Gewerbeobersekretäranwärter Gewerbesekretäranwärter heißen.

Darmstadt, 2. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III/A — 7 1 02 (3)
StAnz. 27/1964, S. 854

c. Regierungspäsident in Kassel

ernannt

zum Gewerberat z. A. (BaP) Techn. Angestellter Dipl.-Ing. Jürgen Sauer, Techn. Überwachungsamt Kassel (22. 5. 1964);

zum Gewerbesekretäranwärter (BaW) Hans-Joachim Goldmann, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Kassel (19. 5. 1964).

Kassel, 8. 6. 1964

Der Regierungspräsident
P/1 Az. 7 0 16/03 B
StAnz. 27/1964, S. 854

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Regierungsveterinärrat (BaL) Dr. Walter Höge, Landkreis Fritzlar-Homberg (6. 4. 1964);

zum Techn. Oberinspektor Techn. Inspektor (BaL) Kurt Baader, Techn. Überwachungsamt Kassel (17. 4. 1964);

zum Hauptwerkmeister Werkmeister (BaL Georg Günther Techn. Überwachungsamt Kassel (20. 4. 1964), Werkmeister (BaL) Heinrich Niederschirp, Techn. Überwachungsamt Kassel (20. 4. 1964);

zum Gewerbeobersekretär Gewerbesekretär (BaL) Albert Schneider, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Kassel (21. 4. 1964);

zum Gewerbesekretäranwärter (d. Bewerber) Karl-Heinrich Ruhwedel, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Marburg (L.) (1. 4. 1964).

Kassel, 13. 5. 1964

Der Regierungspräsident
P/2 Az.: 70 16 03 B
StAnz. 27/1964, S. 854

d) Regierungspräsident Wiesbaden

ernannt

zum Oberregierungsveterinärrat (BaL) Regierungsveterinärrat Dr. Friedrich Bert (am 19. 5. 1964) bei der Behörde Der Regierungsveterinärrat — Landkreis Limburg — in Limburg (Lahn).

Wiesbaden, 15. 5. 1964

Der Regierungspräsident
I 7 — 1 — Az.: Pa
StAnz. 27/1964, S. 854

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Reg.-Chemierätin Dr. Hildegard Meyer (10. 4. 64);

in den Ruhestand versetzt

Reg.-Chemierat Dr. Heinrich Goldschmidt (1. 6. 64).

Wiesbaden, 9. 6. 1964

Der Regierungspräsident
— P 2 —
StAnz. 27/1964, S. 854

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Nachgeordnete Behörden

ernannt bzw. befördert

zum Sozialgerichtsdirektor Sozialgerichtsrat Horst Schiffmann, Sozialgericht Frankfurt (Main) (23. 12. 1963);

zum Landessozialgerichtsrat Sozialgerichtsrat Dr. Hans Grüner, Hess. Landessozialgericht Darmstadt (20. 1. 1964);

zum Sozialgerichtsrat unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit Gerichtsassessor Lothar Fürstenau, Sozialgericht Frankfurt (Main) (24. 2. 1964), Gerichtsassessor Dr. Otto Lips, Sozialgericht Gießen (6. 5. 1964);

zum Gerichtsassessor unter Berufung in das Richterverhältnis auf Probe Assessor Friedr. Wilh. Gugenberger, Sozialgericht Frankfurt (Main) (24. 2. 1964), Assessor Peter Jäkel, Arbeitsgericht Frankfurt (Main) (1. 3. 1964);

zur Gerichtsassessorin unter Berufung in das Richterverhältnis auf Probe Assessorin Anneliese Schneider-Danwitz, Sozialgericht Kassel (13. 4. 1964);

zum Richter unter Berufung in das Richterverhältnis kraft Auftrags Verwaltungsrat Friedrich Peter, Sozialgericht Gießen (14. 5. 1964), Landesverwaltungsrat Helmut Wolff, Sozialgericht Gießen (14. 5. 1964);

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor Karl Feldhaus, Landessozialgericht Darmstadt (17. 2. 1964);

zum Regierungsinspektor unter Berufun in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit apl. Regierungsinspektor August Dommel, Sozialgericht Darmstadt (14. 5. 1964);

zum Regierungsinspektoranwärter unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf Klaus-Dieter Geresser, Landessozialgericht Darmstadt (1. 4. 1964), Jürgen Diehl, Landessozialgericht Darmstadt (1. 4. 1964), Ernst Peter Müller Landesarbeitsgericht Frankfurt (Main) (1. 4. 1964);

zum apl. Regierungsinspektor unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe die Regierungsinspektoranwärter Horst Becker, Landessozialgericht Darmstadt (6. 5. 1964), Wolfgang Eilbacher, Sozialgericht Darmstadt (6. 5. 1964);

zur Regierungssekretäranwärterin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf Edith Bayer, Landessozialgericht Darmstadt (1. 4. 1964);

zum Regierungssekretäranwärter unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf Bernd Ellwanger, Landessozialgericht Darmstadt (1. 4. 1964);

zum Regierungshauptsekretär unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Verwaltungshauptsekretär Emil Grix, Sozialgericht Frankfurt (Main) (29. 4. 1964);

zum Hauptamtsgehilfen die Oberamtsgehilfen Robert Schäfer, Sozialgericht Gießen (31. 3. 1964), Johann Kupecek, Sozialgericht Wiesbaden (26. 3. 1964);

in den Ruhestand getreten bzw. versetzt

die Sozialgerichtsräte Dr. Werner Stegmann, Sozialgericht Kassel mit Wirkung vom 1. April 1964, Egon Lauer, Sozialgericht Fulda mit Wirkung vom 1. April 1964, Landessozialgerichtsrat Gerhard Dalichau, Hess. Landessozialgericht Darmstadt mit Wirkung vom 1. 6. 1964, Regierungsoberinspektor Eduard Lorenz, Sozialgericht Gießen mit Wirkung vom 1. 6. 1964;

auf eigenen Antrag entlassen

Regierungsrat Dr. Walter Schmitt Richter kraft Auftrags, Sozialgericht Darmstadt mit Wirkung vom 15. 4. 1964.

StAnz. 27/1964, S. 854

Regierungspräsidenten

781 **DARMSTADT**

Verordnung über die Freigabe von Sonn- und Feiertagen für das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlaß von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gem. § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß für das Gebiet der Stadt Lorsch, Landkreis Bergstraße

Gemäß § 14 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. 11. 1956 (BGBl. I S. 875) in der Fassung des zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 14. 11. 1960 (BGBl. I S. 845) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 3 der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. 3. 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

§ 1

Für das Gebiet Stadt Lorsch, Landkreis Bergstraße, wird anläßlich der Zwölfhundert-Jahr-Feier der Sonntag, 21. Juni 1964, als verkaufsoffener Sonntag von 14.00 bis 19.00 Uhr freigegeben.

Alle Verkaufsstellen in der Gemeinde dürfen in dieser Zeit geöffnet sein.

§ 2

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden nach §§ 24—26 des Ladenschlußgesetzes geahndet.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Darmstadt, 18. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III/2 — 53 a 18.092
gez. Dr. Wetzel
StAnz. 27/1964, S. 855

782

Auflösung des Pferdeversicherungsvereins Rodheim v. d. H., Landkrs. Friedberg

Der Pferdeversicherungsverein Rodheim v. d. Höhe hat durch seine Mitgliederversammlung am 21. 1. 1964 die Auflösung mit Wirkung vom gleichen Tage an beschlossen. Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 15. 6. 1964

Der Regierungspräsident
I/1a — 39 i 02/01
StAnz. 27/1964, S. 855

783

Auflösung des Pferdeversicherungsvereins Rockenberg, Krs. Friedberg

Der Pferdeversicherungsverein Rockenberg, Krs. Friedberg, hat durch seine außerordentliche Mitgliederversammlung am 29. 11. 1963 die Auflösung mit Wirkung vom gleichen Tage an beschlossen. Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 22. 6. 1964

Der Regierungspräsident
I/1a — 39 i 02/01
StAnz. 27/1964, S. 855

784 **WIESBADEN**

Errichtung und Aufhebung von Wohnplätzen im Landkreis Biedenkopf

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 10. Juni 1964 folgende Wohnplätze eingerichtet:

In der Stadt Biedenkopf (Landkreis Biedenkopf) der Wohnplatz „Hof Hachenberg",

in der Gemeinde Kombach (Landkreis Biedenkopf) der Wohnplatz „Hof an der Müllerseite".

Folgende, im Landkreis Biedenkopf bestehende Wohnplätze aufgehoben:

Gemeinde	Wohnplatz
Buchenau (Lahn)	Bundebergmühle
Dexbach	Teismühle
Friedensdorf	Neumühle
Hommertshausen	Mühle

Wiesbaden, 10. 6. 1964

Der Regierungspräsident
I 2 — 1 — 3 k 06 05 — 469/64
StAnz. 27/1964, S. 855

785

Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger

Die öffentliche Bestellung des Herrn Dr.-Ing. Kurt Waschek, Frankfurt am Main, Friedberger Landstr. 325, zum Sachverständigen für Wasser- und Tiefbau, vereidigt am 5. August 1952, ist erloschen.

Wiesbaden, 16. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III 1 — 2 — Az.: 73a 04/03/20
StAnz. 27/1964, S. 855

786 **KASSEL**

Verordnung über Verkaufszeiten anläßlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen

Auf Grund des § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 17. Juli 1957 (BGBl. I S. 722), geändert durch das zweite Änderungsgesetz vom 14. November 1960 (BGBl. I S. 845) in Verbindung mit der Verordnung vom 9. März 1957 (GVBl. für das Land Hessen S. 17) über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß wird verordnet:

§ 1

In Abweichung von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß dürfen die Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien und Metzgereien innerhalb des 1. Polizeireviers der Stadt Kassel (Innenstadt) aus Anlaß des Hessentages 1964 in Kassel am Sonntag, dem 5. Juli 1964, in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr geöffnet sein. Die Beschäftigung von Jugendlichen ist ausgeschlossen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 5. Juli 1964 in Kraft.

Kassel, 26. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III/2 Az.: 53 a 18.092
In Vertretung
gez. Rademacher
StAnz. 27/1964, S. 855

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN"

1964 | Montag, den 6. Juli 1964 | Nr. 27

Veröffentlichungen

1811

Verlust einer Reisegewerbekarte

Die für den staatenlosen Ausländer Ludwig Lacatus, geb. am 15. 3. 1900, wohnhaft in Obermöllrich, Kreis Fritzlar-Homberg, ausgestellte Reisegewerbekarte Nr. 1/64 vom 13. 4. 1964, gültig bis 5. 5. 1965 ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

358 Fritzlar, 24. 6. 1964

Der Landrat
des Kreises Fritzlar-Homberg
L IV

1812

Bekanntmachung

Die Firma Henschel Flugzeug-Werke Aktiengesellschaft Kassel, beabsichtigt die Errichtung eines Rotorblatt-Prüfstandes auf ihrem Werksgelände in Kassel, Mittelfeld, Flur AA, zum Einjustieren von Rotorblättern für Hubschrauber — Alouette II —.

Der Prüfstand wird mit einer Gasturbine betrieben. Die Errichtung des Rotor-Prüfstandes bedarf nach § 16 der Gewerbeordnung der behördlichen Genehmigung.

Gemäß § 17 Absatz 2 Gewerbeordnung wird die beabsichtigte Errichtung dieser Anlage hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die neue Anlage, die zu begründen sind, innerhalb von 14 Tagen — vom Tage der Bekanntmachung — beim Ordnungsamt der Stadt Kassel, Polizeiverwaltungsgebäude, Altmarkt 1, Zimmer 304, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll zu geben.

Die mündliche Erörterung rechtzeitig vorgebrachter Einwendungen erfolgt acht Tage nach Ablauf der Widerspruchsfrist beim Magistrat der Stadt Kassel — Widerspruchsausschuß — und findet auch statt, falls der Unternehmer oder Widersprechende nicht zur Erörterung erscheinen sollte.

Die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne liegen hier in der vorerwähnten Zeit zur Einsichtnahme aus.

Nach Ablauf der Widerspruchsfrist können Einwendungen nicht mehr anerkannt werden.

35 Kassel, 22. 6. 1964

Der Magistrat der Stadt Kassel
— Ordnungsamt —
Henfler, Bürgermeister

1813

Bekanntmachung

Die Firma Heinrich Rohde, Tief- und Straßenbau, Korbach, beabsichtigt, in der Gemarkung Elberberg, Am Kuhberg, Distrikt 49 der Forstverwaltung von Buttlar ein Schotterwerk mit Brech- und Sieb-anlagen zu errichten.

Einsprüche, die gegen dieses Bauvorhaben zu erheben sind, müssen innerhalb 14 Tagen bei dem Kreisausschuß des Landkreises Wolfhagen, Abteilung Bauaufsicht, eingelegt werden.

Die notwendigen Unterlagen zur Errichtung der Anlage können bei der obengenannten Dienststelle innerhalb dieser Frist eingesehen werden.

3547 Wolfhagen, 22. 6. 1964

Der Kreisausschuß
des Landkreises Wolfhagen
— Bauaufsicht —

Gerichtsangelegenheiten

1814 Aufgebote

6 F 3/64 — **Aufgebot:** Der Arbeiter Eduard Hartmann, wohnhaft in Lautern, Nibelungenstraße 10 und dessen Ehefrau Margarete geb. Krautloher, daselbst, haben das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Lautern, Band 6, Blatt 190 in Abteilung III, Nr. 1, für die Bezirkssparkasse Bensheim eingetragene, mit bis 10 v. H. jährlich verzinsliche Darlehnshypothek von 1200,— Goldmark beantragt.

Der Inhaber des Hypothekenbriefes wird aufgefordert, spätestens in dem auf

Dienstag, 22. September 1964 um 9.00 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 203 anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und den Hypothekenbrief vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

614 Bensheim, 11. 6. 1964 **Amtsgericht**

1815

F 4/64 — **Aufgebot:** Fräulein Käthe Dietrich, wohnhaft in Lauterbach (Hessen), Rockelsgasse 44, hat als Eigentümerin des im Grundbuch von Lauterbach, Band XVII, Blatt 801, eingetragenen Grundstücks,

Flur 1, Nr. 1216/1, Hof- und Gebäudefläche, Rockelsgasse 19, Größe 3,03 Ar,

das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des unbekannten Gläubigers der Hypothek Abteilung III Nr. 7 des vorgenannten Grundstücks Peter Möller, früher wohnhaft in Frankfurt (Main), Speicherstraße 9, beantragt.

Der Gläubiger sowie dessen Erben und Rechtsnachfolger der Hypothek Abt. III Nr. 7 des Grundbuchs von Lauterbach, Band XVII, Blatt 801 werden aufgefordert, spätestens in dem auf

Dienstag, den 22. September 1964 um 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte geltend zu machen, widrigenfalls sie mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

642 Lauterbach (Hessen), 24. 6. 1964

Amtsgericht

1816 Güterrechtsregister

GR 446: Durch notariellen Vertrag vom 23. Mai 1964 haben die Eheleute Maurermeister Leopold Keller und Monika geb. Ullmann in Münster, Siedlung Wiesental, Höhenweg 14, Gütertrennung vereinbart.

6308 Butzbach, 19. 6. 1964 **Amtsgericht**

1817

Neueintragung

GR 302: Der technische Angestellte Günter Erwin Heinz Eckert in Nieder-Eschbach und dessen Ehefrau Ilse Elisabeth, geb. Herrmann haben durch notariellen Vertrag v. 10. 4. 1964 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 22. 6. 1964 **Amtsgericht**

1818

Neueintragung

GR 300: Diplom-Volkswirt und Steuerberater Gebhard Janssen in Dortelweil und dessen Ehefrau Irene geb. Hartmann haben durch notariellen Vertrag vom 24. 1. 1964 für die Ehe Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 18. 6. 1964 **Amtsgericht**

1819

Neueintragung

GR 301: Kraftfahrer Manfred Rudolf Röhl in Ober-Eschbach und dessen Ehefrau Gerda geb. Winkler haben durch notariellen Vertrag vom 20. März 1964 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 18. 6. 1964 **Amtsgericht**

1820

Neueintragung

GR 400 — 3. Juni 1964 (Tag der Eintragung): Kaufmann Fritz Schneider jun. und Erika geb. Ross in Dillenburg.

Durch Vertrag vom 10. Oktober 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6348 Dillenburg, 12. 6. 1964 **Amtsgericht**

1821

Neueintragung

GR 401 — 12. Juni 1964 (Tag der Eintragung): Ehegatten Dipl.-Volkswirt Ernst Ludwig Gimmler und Heidelore geb. Meisel, Frohnhausen (Dillkreis).

Durch Vertrag vom 19. Mai 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

6348 Dillenburg, 12. 6. 1964 **Amtsgericht**

1822

Neueintragung

GR 402 — 12. Juni 1964 (Tag der Eintragung): Verwaltungsangestellter Hans Erich Kowalewsky und Regina geb. Sperber in Dillenburg.

Durch Vertrag vom 18. April 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

6348 Dillenburg, 12. 6. 1964 **Amtsgericht**

1823

5 GR 1161 — 18. 6. 1964: Gottlieb Weber, Fahrlehrer in Fulda und Ursula geb. Ochse.

Durch notariellen Vertrag vom 19. Mai 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

5 GR 1162 — 19. 6. 1964: Helmut Sauer, Mechaniker in Fulda und Karola geb. Wiegard.

Durch notariellen Vertrag vom 19. Mai 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

64 Fulda, 22. 6. 1964 **Amtsgericht, Abt. 5**

1824

GR 109 — Eintragung vom 10. Juni 1964: Klempnermeister Erwin Schreiber und Ehefrau Gretel geb. Klingelhöfer in Weidenhausen, Kreis Biedenkopf.

Durch Vertrag vom 6. März 1964 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird von dem Mann verwaltet.

3568 Gladenbach, 24. 6. 1964 **Amtsgericht**

1825

Neueintragung

Rü GR 136: Durch Ehevertrag vom 15. Mai 1964 haben die Eheleute Hans Petermann, Maschinenschlosser, in Rüsselsheim, und Johanna, geborene Kaufmann, daselbst, Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 24. 6. 1964

Amtsgericht Groß-Gerau Zweigstelle Rüsselsheim

1826

GR 209 — In unser Güterregister wurde heute eingetragen:

Die Eheleute Dipl.-Ing. Alois und Margarete Schreiber, Lampertheim, haben durch Vertrag vom 21. 5. 1964 Gütertrennung vereinbart.

648 Lamptertheim, 22. 6. 1964 **Amtsgericht**

1827

GR 209 A — In unser Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Die Eheleute Architekt Werner Gustav und Melitta Maria Müller, Viernheim, haben durch Vertrag vom 8. 5. 1964 Gütertrennung vereinbart.

684 Lampertheim, 23. 6. 1964 **Amtsgericht**

1828

Neueintragung

GR 199A: Eheleute Alois Mader und Johanna, geb. Tucholke, beide Egelsbach, Niddastr. 59a.

Durch Ehevertrag vom 13. April 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

607 Langen (Hessen), 8. 6. 1964

Amtsgericht

1829

Neueintragung

GR 200A: Kaufmann Günter Siegert und Ilse Siegert, geb. Maasch, beide Sprendlingen, Hauptstraße.

Durch Ehevertrag vom 14. April 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

607 Langen (Hessen), 8. 6. 1964

Amtsgericht

1830

Neueintragung

GR 201A: Herbert Härtel und Maria, geb. Galke, Sprendlingen, Rosenaustr. 5.

Durch Ehevertrag vom 30. April 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

607 Langen (Hessen), 8. 6. 1964 **Amtsgericht**

1831

GR 274: Schlosser Karl Braun, geb. 24. 11. 1930, und Ehefrau Anna Elisabeth Braun, geb. Schrön, in Friedigerode, Krs. Ziegenhain.

Durch Vertrag vom 22. Mai 1964 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtguts steht den Eheleuten gemeinsam zu.

Eingetragen am 18. Juni 1964.

6435 Oberaula, 24. 6. 1964

Amtsgericht Neukirchen Zweigstelle Oberaula

1832 Vereinsregister

Neueintragung

VR 200 — 25. Mai 1964 (Tag der Eintragung): VfL Grünweiß, Fellerdilln (Dillkreis).

Die Satzung ist am 15. Februar 1963 errichtet.

634 Dillenburg, 26. 6. 1964

Amtsgericht

1833

5 VR 262 — 18. 6. 1964: Stadt-Caritas-Verband Fulda e. V. in Fulda.

64 Fulda, 18. 6. 1964 **Amtsgericht, Abt. 5**

1834 Vergleiche — Konkurse

Beschluß

81 N 194/62: Das **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 7. 7. 1960 in Düsseldorf verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Schweizerstraße 26, wohnhaft gewesenen Arthur Oskar Otto Mayer wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 19. 6. 1964

Amtsgericht, Abt. 81

1835

Beschluß

81 N 133/63: Das **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 11. 10. 1962 verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (M.), Hamburger Allee 28 wohnhaft gewesenen Egon Decani wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 19. 6. 1964

Amtsgericht, Abt. 81

1836

Beschluß

81 N 102/63: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Universal Animal Products GmbH, tierische Roh- und Fertigprodukte, Frankfurt (Main), Düsseldorfer Straße 14, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 17. Juli 1964, um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 8. 6. 1964

Amtsgericht, Abt. 81

1837

Beschluß

81 N 44/64: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Edgar Mazur, Gesellschaft für Gesundheitstechnische Anlagen mbH, Frankfurt (Main), Burgstr. 82, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 21. Aug. 1964, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 22. 6. 1964

Amtsgericht, Abt. 81

1838

Beschluß

81 N 89/64: Das **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 30. 1. 1964 verstorbenen, zuletzt Frankfurt (Main), Westendstraße 29, wohnhaft gewesenen Jan Vanek, wird mangels einer den Kosten entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.

Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Vergütung 200,— DM.

6 Frankfurt (Main), 22. 6. 1964

Amtsgericht, Abt. 81

1839

81 N 185/64 — **Konkursverfahren:** Über den Nachlaß des am 6. 3. 1953 verstorbenen Robert Karl Hugo Paul Wichmann zuletzt wohnhaft Frankfurt (Main), Lichtenbergerstraße 15 wird heute, am 24. Juni 1964 um 13.40 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Konrad Morgen, Frankfurt (Main), Unterlindau 87, Tel.: 72 26 78.

Konkursforderungen sind bis zum 30. 7. 1964 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumeldn.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin: 14. August 1964 um 10.15 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. Juli 1964 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 24. 6. 1964

Amtsgericht, Abt. 81

1840

4a N 2/57: In dem **Konkursverfahren** über den Nachlaß des Installationsmeisters Ludwig Amend, Garbenteich, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf

den 29. Juli 1964, 10 Uhr

vor dem Amtsgericht hier, Gutfleischstr. 1, 1. Stockwerk, Zimmer 126, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 881,25 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 35,84 DM festgesetzt.

63 Gießen, 1. 6. 1964 **Amtsgericht**

1841

50 N 26/64 — **Anschlußkonkursverfahren:** Der Antrag der Kauffrau Charlotte Ella Dumschat, geb. Bastigkeit, in Kassel, Germaniastr. 12, alleinige Inhaberin des unter dem Namen Textil-Dumschat betriebenen Textil-Einzelhandelsgeschäfts in Kassel, Gräfestr. 4, über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wurde durch Beschluß vom 24. Juni 1964 abgelehnt.

Zugleich wurde gemäß §§ 19, 102 Vergleichsordnung am 24. Juni 1964, um 9.15 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Heinrich Merk, Kassel, Friedrichsstr. 14. Konkursforderungen sind bis zum 8. September 1964 zweifach bei dem Amtsgericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten, Wahl eines anderen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände: 28. Juli 1964, um 10 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 5. Oktober 1964, um 10 Uhr, jeweils im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 23. Juli 1964 anzeigen.

35 Kassel, 24. 6. 1964 **Amtsgericht**

1842

50 N 16/64 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Kaufmanns Karl Bock, Inhaber der nicht eingetragenen Firma Karl Bock, Glas- und Gebäudereinigung, Heiligenrode bei Kassel, Karl-Marx-Str. Nr. 15b, ist am 23. Juni 1964, um 12.45 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. August Klose, Kassel-Oberzwehren, Altenbaunaer Straße 85.

Konkursforderungen sind bis zum 8. September 1964 beim Amtsgericht zweifach anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten, Wahl eines anderen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände: 28. Juli 1964, um 8 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 5. Oktober 1964, um 8 Uhr, jeweils im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 23. Juli 1964 anzeigen.

35 Kassel, 23. 6. 1964 **Amtsgericht**

1843

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Artur Meyer, Marburg (Lahn), Adalbert-Stifter-Weg 2, soll die Schlußverteilung erfolgen. Dazu sind ca. 4820,— DM verfügbar. Zu berücksichtigen sind Gläubiger der Rangklasse I und II mit Forderungen in Höhe von 804,79 DM und 10 191,13 DM (§ 151 KO).

355 Marburg (Lahn), 26. 6. 1964

Der Konkursverwalter
Dr. Doleisch v. Dolsperg
Rechtsanwalt

1844

7 N 37/64 — **Konkursverfahren.** Über den Nachlaß des am 21. Januar 1964 verstorbenen Drehers Ernst Heinrich Lenz, zuletzt wohnhaft gewesen in Steinheim (Main), Eppsteiner Straße 14, wird heute, am 15. Juni 1964, um 11.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Carl Polkin, Offenbach (Main), Frankfurter Straße 56—62, Telefon: 8 25 94.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Juli 1964 unter Angabe des Betrages und des Grundes der Forderungen mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen zweifach anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung der §§ 110, 132, 134 und 137 KO, Dienstag, den 14. Juli 1964, um 9 Uhr, und Prüfungstermin: Mittwoch, den 5. August 1964, um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Kaiserstraße 16, I. Stock, Zimmer 34. Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 10. Juli 1964.

605 Offenbach (Main), 15. 6. 1964
Amtsgericht

1845

Beschluß

7 N 77/57 — **Anschlußkonkursverfahren:** Das am 26. September 1957 über das Vermögen der am 29. Juli 1960 verstorbenen Frau Maria Randermann Wwe. geb. Hunkel, Inhaberin der Firma Christian Randermann, Baugeschäft, Neu-Isenburg, Hugenottenallee 30, eröffnete Anschlußkonkursverfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

605 Offenbach (Main), 24. 6. 1964
Amtsgericht, Abt. 7

1846

VN 1/64 — **Vergleichsverfahren:** Der Kaufmann Heinrich Kreh, persönlich haftender Gesellschafter der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Gebrüder Kreh, Kommanditgesellschaft in Babenhausen (Hessen), hat am 23. Juni 1964 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist der vereidigte Sachverständige Carl Polkin, Offenbach (Main), Frankfurter Straße 56—62.

6453 Seligenstadt (Hessen), 25. 6. 1964
Amtsgericht

1847

Beschluß

62 N 6/62: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Hans Heinz Leber, Wiesbaden, Uhlandstraße Nr. 3, wird nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben.

62 Wiesbaden, 19. 6. 1964
Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1848

61 K 32/63: Das im Grundbuch von Messel, Band 34, Blatt 1468, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Messel, Flur 1, Flurstück 248/4, Hof- und Gebäudefläche, Neugasse 3, Größe 5,02 Ar,

soll am 3. September 1964, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 8. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ernst Rube, Zahnarzt in Messel, und dessen Ehefrau Anna Rube geb. Engel, daselbst, zu je ½.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 18. 6. 1964 **Amtsgericht**

1849

8 K 43/62 — 14/64 — 16/64: Die im Grundbuch von Dillenburg, Band 72, Blatt 2540, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Dillenburg

Nr. 1, Flur 40, Flurstück 2/1, Ackerland, Die Meerbornsheide, 103,12 Ar, Grünland daselbst, 1,15 Ar,

Nr. 2, Flur 40, Flurstück 3/1, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 48,03 Ar, Ackerland daselbst, 41,89 Ar,

Nr. 3, Flur 43, Flurstück 46/2, Grünland Unten zu Meerborn, 21,75 Ar,

Nr. 4, Flur 43, Flurstück 52, Grünland, Unten zu Meerborn, 43,23 Ar,

sollen am 14. Oktober 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. November 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Gastwirt Herbert Schnellenberg, b) dessen Ehefrau Anna Katharina Schnellenberg, geb. Bara, in Dillenburg, Meerbornsheide — je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: Grundstück Flur 40, Flurstück 2/1 auf 11 113,— DM, Grundstück Flur 40, Flurstück 3/1 auf 94 736,— DM, Grundstück Flur 43, Flurstück 46/2 auf 1088,— DM, Grundstück Flur 43, Flurstück 52 auf 2593,— DM, zusammen: 109 530,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 18. 6. 1964 **Amtsgericht**

1850

8 K 24/62: Das im Grundbuch von Oberscheld, Band 36, Blatt 1317, eingetragene Grundstück

Nr. 14, Gemarkung Oberscheld, Flur 57, Flurstück 166/3, Hof- und Gebäudefläche, Scheldelahnstraße, 13,60 Ar,

soll am 7. Oktober 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. August 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Ehefrau Otto Schmidt, Elsbeth, geb. Möbus, 512 Hazel Avenue, Vineland/N. J., USA — zu 1/2 Anteil — b) Ehefrau des Kaufmanns Hans Lommel, Erika, geb. Möbus, in Oberscheld, — zu 1/2 Anteil —.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 135 880,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 18. 6. 1964 **Amtsgericht**

1851

61 K 48/63: Die im Grundbuch von Oberramstadt, Band 50, Blatt 3249, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1 und 2, Flur 35, Nr. 137/3, Bauplatz, Nieder-Ramstädter Straße, 6,92 Ar,

Flur 35, Nr. 140/1, Hof- und Gebäudefläche, Nieder-Ramstädter Straße 48, Größe 7,89 Ar,

sollen am 10. September 1964 um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 12. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ingrid Kumpf in Ober-Ramstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 25. 6. 1964 **Amtsgericht**

1852

5 K 22/63: Das im Grundbuch von Küpzell, Bezirk Fulda, Band 26, Blatt 924, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Künzell, Flur 1, Flurstück 140/69, Hutung in den Stöcken, 22,24 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. September 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstr. 38, Zimmer Nr. 34, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Sepber 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Mietwagenunternehmer Josef Dietrich in Künzell.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

64 Fulda, 19. 6. 1964 **Amtsgericht**

1853

K 10/63: Das im Grundbuch von Friedberg, Band 23, Blatt 1661, eingetragene Grundstück

Nr. 3, Gemarkung Friedberg, Flur 2, Flurstück 391/1, Lieg.-B. 1255, Geb.-B. 12, Hof- und Gebäudefläche, Wolfengasse 1, 3, Größe 2,26 Ar,

soll am 15. Sept. 1964, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Friedberg/Hess., Homburger Str. Nr. 18, Zimmer Nr. 32, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. Mai 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Karl Heinrich Kurr, b) Else Sophie Frieda Kurr, c) Marie Frieda Kurr, d) Frieda Sophie Marie Staubi, geb. Kurr, sämtlich Friedberg/H., Wolfengasse 1, 3, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 180 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 22. 6. 1964
Amtsgericht

1854

K 7/64: Das im Grundbuch von Burggräfenrode, Band 9, Blatt 369, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Burggräfenrode, Flur 1, Flurstück 183/1, Lieg.-B. 301, Geb.-B. 24, Hof- und Gebäudefläche, Freihofstraße 14, Größe 5,64 Ar,

soll am 2. Oktober 1964 um 9 Uhr im neuen Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Saal 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. März 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Maurermeister Leonhard Waxmann, Burggräfenrode, zu 1/2 b) dessen Ehefrau Rosa Franziska geb. Hirmer, daselbst, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 38 640 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 25. 6. 1964
Amtsgericht

1855

84 K 86/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen

I. die im Grundbuch von Bergen-Enkheim, Band 98, Blatt 3767, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Flur Z, Flurstück 633, Garten, im Steinchen, 1,89 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 22, Flurstück 40, Ackerland, Am Dorfelder Weg, 8,92 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 37, Flurstück 43, Gartenland, Am Ackerstück, 4,99 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 23, Flurstück 3/1, Gartenland, Nordring, 5,20 Ar, sowie

II. die im gleichen Grundbuch, Band 134 Blatt 4950 eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Flur B, Flurstück 485, Ackerland (Obstb.), Am Rosenträger, 3,66 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur B, Flurstück 490, Ackerland (Obstb.), daselbst, 3,40 Ar, ferner

III. die im Grundbuch von Frankfurt (Main) Bezirk Seckbach, Band 87, Blatt Nr. 3617 eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Flur Z, Flurstück 879, Ackerland (Obstb.), Im Ihmesfeld, 0,68 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur Z, Flurstück 984, Ackerland (Obstb.), In der Hungerbach, 0,99 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur M, Flurstück 175, Ackerland (Obstb.), Im Hespel, 1,41 Ar,

am 16. September 1964, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27./29. 11. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Grundstücke vorstehend I: Bäcker Friedrich Wilhelm Kötter in Bergen zu 1/2, sowie Ehefrau des Kaufmanns Friedrich Sticher, Auguste, geb. Kötter, Bergen, und Zahnarzt Dr. Friedrich Kötter, Berlin, in ungeteilter Erbengemeinschaft, zu 1/2, Grundstücke vorstehend II und III: Bäckermeister Friedrich Wilhelm Kötter in Bergen-Enkheim.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: a) Grundstücke vorstehend I: lfd. Nr. 2 = DM 1890,00, lfd. Nr. 7 = DM 4460,00 lfd. Nr. 9 = DM 4990,00, lfd. Nr. 11 = DM 26 000,00, b) Grundstücke vorstehend II: lfd. Nr. 1 =DM 14 640,00, lfd. Nr. 2 = DM 13 600,00, c) Grundstücke vorstehend III: lfd. Nr. 1, DM 340,00, lfd. Nr. 3 = DM 396,00, lfd. Nr. 4 = DM 846,00.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 20. 6. 1964
Amtsgericht, Abt. 84

1856

84 K 87-8863: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

I. das im Grundbuch von Frankfurt (M.), Bezirk 38, Band 42, Blatt 1724 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 4, Gemarkung Oberrad, Flur 9, Flurstück 252/3, Hof- und Gebäudefläche Offenbacher Landstr. 271, Größe 2,07 Ar,

II. ferner das im gleichen Grundbuch, Band 44, Blatt 1817, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Oberrad, Flur 9, Flurstück 253/1, Hof- und Gebäudefläche, Offenbacher Landstr. 269, Größe 3,51 Ar,

am 2. September 1964, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (M.), Große

Friedberger Str. 7—11, 2. Stock, Zimmer Nr. 215, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer des Grundstücks vorstehend zu I am 20. 12. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Baustoffhändler Karl Clemens in Frankfurt (M.), eingetragene Eigentümerin des Grundstücks vorstehend zu II am gleichen Tag: Marie Elisabeth Martina Julie Clemens, geb. Scondo, in Frankfurt (Main)-Oberrad.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: Grundstück vorstehend zu I (Offenbacher Landstr. 271): DM 144 000,—; Grundstück vorstehend zu II (Offenbacher Landstraße Nr. 269): DM 190 000,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 23. 6. 1964

Amtsgericht, Abt. 81

1857

Beschluß

K 4/64: Das im Grundbuch von Altenhaßlau, Band 18, Blatt 623, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Altenhaßlau, Flur 15, Flurstück 7/32, Lieg.-B. 707, Geb.-B. 262, Hof- und Gebäudefläche, Mittelstraße 2, Größe 7,91 Ar,

soll am Freitag, dem 21. August 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Saal 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. September 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Albert Otto in Altenhaßlau und dessen Ehefrau Mathilde geb. Stichel, daselbst, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 23. 6. 1964 **Amtsgericht**

1858

Beschluß

K 5/60: Die im Grundbuch von Lauter, Band VII, Blatt 331, eingetragenen Grund stücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lauter, Flur II, Flurstück 58, Ackerland, 57,26 Ar, Ackerland (Obstb.) das., 16,16 Ar, Steinbruch daselbst, 26,38 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lauter, Flur II, Flurstück 57, Im Tauffeld, Ackerland im Tauffeld, 19,68 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Lauter, Flur VII, Flurstück 10, Grünland Auf der Gall, 19,95 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Lauter, Flur VII, Flurstück 11, Grünland daselbst, 16,16 Ar,

sollen am Mittwoch, 7. 10. 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Grünberg, Londorfer Straße 34, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 6. 1960 (Tag des Versteigerungsvermerks): Luise Lind, geb. Salzmann, Witwe Lauter, Krs. Gießen.

Der Wert der Grundstücke ist auf 10 600 Deutsche Mark festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

631 Grünberg (Hessen), 16. 6. 1964

Amtsgericht

1859

5 K 20/62: Die im Grundbuch von Uckersdorf (Dillkreis), Band 11, Blatt 434, eingetragenen Grundstücke

Nr. 13, Flur 1, Flurstück 46/64, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße, Größe 0,27 Ar,

Nr. 15, Flur 1, Flurstück 64/2, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 61, Größe 1,34 Ar,

sollen am 7. September 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Herborn, Westerwaldstraße, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung verteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 12. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Martha Linke geb. Hoffmann in Uckersdorf (Dillkreis).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf zusammen 8210,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6348 Herborn, 22. 6. 1964 **Amtsgericht**

1860

51 K 48/62: Die im Grundbuch von Oberzwehren, Band 4, Blatt 88, eingetragenen Grundstücke, Best.-Verz.:

lfd. Nr. 7, Gemarkung Oberzwehren, Flur 6, Flurstück 78/1, Lieg.-B. 55, Geb.-B. 446, Hof- und Gebäudefläche, Oberzwehrener Straße 73, 75, Größe 3,87 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Oberzwehren, Flur 6, Flurstück 83/1, Lieg.-B. 55, Hofraum, Oberzwehrener Straße, 0,76 Ar,

lfd. Nr. 18, Gemarkung Oberzwehren, Flur 6, Flurstück 75/1, Lieg.-B. 55, Geb.-B. 446, Hof- und Gebäudefläche, Oberzwehrener Straße 73 u. 75, Größe 6,39 Ar,

sollen am 1. September 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. November 1962 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Karl Köbberling in Kassel-Oberzwehren.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

35 Kassel, 23. 6. 1964 **Amtsgericht**

1861

K 2/64: Die im Grundbuch von Erbach (Odw.), Band 35, Blatt 1570, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Erbach (Odw.), Flur XVI, Flurstück 23,

Nr. 7, Hof- und Gebäudefläche, Ortsteil Roßbach, Haus Nr. 12, Größe 2,39 Ar,

Nr. 10, Hof- und Gebäudefläche, Ortsteil Roßberg, Haus Nr. 12, Größe 2,64 Ar,

Nr. 12, Gemarkung Untermossau, Flur VI, Flurstück 36/4, Ackerland, Auf der Mombrunner Seite, 122,40 Ar, Weg, daselbst, 2,60 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 15. Oktober 1964 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 9, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. August 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks) Johann Hermann Metzger, Rossbach.

Der Wert der Grundstücke ist festgesetzt auf: 8000,— DM. Der Beschluß über die Festsetzung der Grundstückswerte ist binnen 2 Wochen nach Zustellung anfechtbar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 20. 6. 1964 **Amtsgericht**

1862

1 K 12/63: Der Termin betr. die Versteigerung der im Grundbuch von Gemünden, Band 13, Blatt 422, eingetragenen Grundstücke des Gastwirts Willi Schneider, Neu-Isenburg, vom 30. 7. 1964, um 9 Uhr, ist aufgehoben.

639 Usingen (Taunus), 19. 6. 1964

Amtsgericht

1863

K 6/63: Im Wege der Zwangsvollstrekkung soll das im Grundbuch von Katholisch-Willenroth, Band II, Blatt 56 A, eingetragene Grundstück

Flur B, Flurstück 48 1, Ackerland, Der Pfaffenwald, 49,53 Ar,

am Mittwoch, dem 26. August 1964, um 9.30 Uhr, an der Gerichtsstelle, Bahnhofstraße 2, Zimmer 1, versteigert werden

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. 11. 1963 ins Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer war damals eingetragen der Kaufmann Rudolf Walther in Büdingen.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf 3000,— DM festgesetzt.

648 Wächtersbach, 18. 6. 1964 **Amtsgericht**

1864

3 K 36/62: Das im Grundbuch von Atzbach, Band 34, Blatt 1228, eingetragene Grundstück,

Nr. 6, Gemarkung Atzbach, Flur 20, Flurstück 10, Hof- und Gebäudefläche, Amtshofstraße 25, Größe 6,65 Ar,

soll am 30. September 1964 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden,

Eingetragener Eigentümer am 29. 10. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ernst Knortz, Atzbach.

Gemäß § 74a Abs. 5 ZVG wurde der Wert für das vorgenannte Grundstück auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 10. 12. 1962 gegenüber allen Beteiligten auf 50 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 23. 6. 1964 **Amtsgericht**

1865

1 K 4/64: Die ideellen Hälften des Bauunternehmers August Fülling in Blickershausen der im Grundbuch von Blickershausen, Band 4, Blatt 7, eingetragenen Grundstücke

Nr. 15, Gemarkung Blickershausen, Flur Nr. 3, Flurstück 215/59, Hofraum für Schuppen, Haus Nr. 23, Größe 0,22 Ar,

Nr. 20, Gemarkung Blickershausen, Flur Nr. 2, Flurstück 12/2, Ackerland, der Gries, 9,53 Ar,

Nr. 6, Flurstück 19/1, Hof- und Gebäudefläche, im Kamp, Haus Nr. 54, und Gartenland, die Mühlenwiesen, 12,58 Ar,

sollen am 2. September 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. Februar 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer (jetzt Bauunternehmer) August Fülling und seine Ehefrau Mathilde Fülling geb. Kühne in Blickershausen je zur ideellen Hälfte.

Der Wert der ideellen Häften der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 30 400,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

343 Witzenhausen, 26. 6. 1964 **Amtsgericht**

1866

K 7/63: Das im Grundbuch von Wahlen, Band 5, Blatt 204, eingetragene Grundstück Nr. 1, Gemarkung Wahlen, Flur 1, Flurstück 20/3, Lieg.-B. 171, Grünland, die kleine Kleinwies, 8,01 Ar, (Das Grundstück ist inzwischen bebaut)

soll am 30. September 1964, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wald-Michelbach, Ludwigstraße 32, Sitzungssaal durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. November 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Friseur Wilhelm Sattler in Wahlen, b) dessen Ehefrau Elsa geborene Tobias, daselbst, Gesamtgut der Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 18 400,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6948 Wald-Michelbach, 19. Juni 1964
Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

1867

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Hartenrod nach Gießen

Dem Unternehmer Karl Becker II in Endbach, Kreis Biedenkopf, Landstraße 25, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Hartenrod nach Gießen mit Haltestellen in Endbach, Wommelshäuser Hütte, Weidenhausen, Zollbuche, Abzw. Rodenhausen, Niederweidbach, Rossbach, Wilsbach, Eiserne Hand, Frankenbach, Fellingshausen, Rodheim, Abendstern, Windhof und Heuchelheim bis zum 31. Mai 1972 erteilt.

Keine Verkehrsbedienung von Rodheim, Abendstern, Windhof und Heuchelheim nach Gießen und umgekehrt. Keine Bedienung vorgenannter Haltestellen untereinander. Keine Verkehrsbedienung von Hartenrod, Endbach und Wommelshäuser Hütte nach Weidenhausen. Keine Bedienung vorgenannter Haltestellen untereinander. Keine Bedienung des innerstädtischen Verkehrs in Gießen.

62 Wiesbaden, 10. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III 4 — 6 — 66 f 02

1868

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Züntersbach nach Stadt Brückenau

Die dem Unternehmer Alois Kimmel in Züntersbach (Krs. Schlüchtern) am 23. 8. 1963 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb einer Kraftfahrzeuglinie von Züntersbach nach Stadt Brückenau wurde am 27. 5. 1964 gem. § 2 (2) Personenbeförderungsgesetz auf die Firma Alois Gass, Schlüchtern, Hanauer Straße 33, übertragen.

62 Wiesbaden, 4. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III 4 — 7 — Az.: 66 f 02

1869

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Ulfa nach Ober-Schmitten

Dem Unternehmen **Gemeindeverband Kraftverkehr Niddatal**, Nidda, Bismarckstraße 1, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG von Ulfa nach Ober-Schmitten mit Haltestellen in den Orten Ulfa — Unter-Schmitten — Ober-Schmitten bis zum 31. Mai 1972 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht (§ 54 PBefG) des Herrn Landrates des Landkreises Büdingen in Büdingen.

61 Darmstadt, 19. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 f 02 07 (6)

1870

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftomnibussen von Jugenheim a. d. B. nach Gernsheim

Dem Unternehmen Helmut Wehnert, Griesheim bei Darmstadt, Berliner Straße 59, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftomnibussen nach § 42 PBefG von Jugenheim a. d. B. nach Gernsheim mit Haltestellen in den Orten: Jugenheim a. d. B., Alsbach, Hähnlein, Gernsheim bis zum 31. 5. 1972 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht (§ 54 PBefG) des Herrn Landrats des Landkreises Darmstadt.

61 Darmstadt, 24. 6. 1964

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 f 02/07 (4)

1871

Aufforderung: Frau Maria Kohl geb. Rohn, Flörsheim (Main), Erzberger Straße 14, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 175577 beantragt. Der Inhaber wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

626 Ffm.-Höchst, 24. 6. 1964 **Kreissparkasse des Main-Taunus-Kreises**
Der Vorstand

1872

Aufgebot von Sparkassenbüchern: Hauptstelle Friedberg (Hessen), Renate Kohlbrenner, Wölfersheim, Sparkassenbuch Nr. 64 058, Rudi Nikolaus Gröninger, Ockstadt, Sparkassenbuch Nr. 54 118;

Hauptzweigstelle Bad Vilbel, Konrad Moxter, Bad Vilbel, Sparkassenbuch Nr. 30 657;

Hauptzweigstelle Bad Nauheim, Anna Margarete Neutz, Bad Nauheim, Sparkassenbuch Nr. 17 949. Anna Margarete Neutz, Bad Nauheim, Sparkassenbuch Nr. 189 35.

Die Inhaber der vorgen. Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, dieselben innerhalb von drei Monaten bei der Sparkasse vorzulegen, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern: Hauptstelle Friedberg (Hessen), Margarete Schneider, Ilbenstadt, Sparkassenbuch Nr. 56 088, Maria Weitzel, Ilbenstadt, Sparkassenbuch Nr. 64 529;

Hauptzweigstelle Butzbach Friedrich Mengel, Münzenberg, Sparkassenbuch Nr. 8 095.

636 Friedberg (Hessen), 22. 6. 1964 ***Kreissparkasse Friedberg (Hessen)***
Der Vorstand

1873

Beim Landkreis Biedenkopf (59 300 Einwohner) ist

die Stelle des Landrats

wegen Ablauf der Amtszeit zum 1. Februar 1965 zu besetzen.

Die Amtszeit beträgt sechs Jahre, im Falle der Wiederwahl sechs bis höchstens zwölf Jahre.

Amtsgehalt und Dienstaufwandentschädigung richten sich nach Besoldungsgruppe L 2 des Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. Oktober 1953 in der Fassung des vierten Änderungsgesetzes vom 1. Juni 1962 (GVBl. S. 277).

Bewerber müssen die erforderliche Eignung zum Amt des Landrats nach § 39 (1) der Hessischen Landkreisordnung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 129) nachweisen. Bewerbungen sind mit den erforderlichen Unterlagen (handgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisse über bisherige Verwaltungstätigkeit und abgelegte Prüfungen) bis zum 31. Juli 1964, 16.00 Uhr, unter Kennwort „Bewerbung Landrat" an den Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses, Biedenkopf/Kreishaus, Kiesackerstraße 12, Zimmer 21, einzureichen.

Persönliche Vorstellung nur auf Anforderung.

356 Biedenkopf, 24. 6. 1964.

Der Kreisausschuß des Landkreises Biedenkopf

Dr. Gusovius — Erster Kreisbeigeordneter
Wehn — Kreisbeigeordneter

1874

Beim Gesundheitsamt des Landkreises Eschwege, Regierungsbezirk Kassel (66 000 Einwohner, Ortsklasse A), ist Ende 1964 die Stelle eines

Kreismedizinalrates (-rätin)
- stellv. Kreisarztes -

zu besetzen. Amtsarztexamen ist erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Während einer 6monatigen Probezeit erfolgt die Vergütung nach Gr. III BAT, danach ist Übernahme ins Beamtenverhältnis nach Bes.-Gr. A 13 HBesG möglich.

Interessenten mit guter allgemeinärztlicher Ausbildung und möglichst mit Erfahrungen in der Kinderheilkunde sowie mit Führerschein der Kl. III werden gebeten, ihre **Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bis zum 1. 10. 1964 an den**

Kreisausschuß des Landkreises Eschwege
— Personalstelle —
344 Eschwege, Schloßplatz 1,

zu richten.

Die Kreisstadt Eschwege hat ca. 25 000 Einwohner, liegt an der Nord-Süd-Verbindung Göttingen—Bebra und besitzt 2 höhere Schulen für Knaben und Mädchen sowie eine Mittelschule. Der Kreis ist bei der Wohnraumbeschaffung behilflich.

Berater und Lieferer bei Staats- und Kommunalbauten

ROEDIGER Gegründet 1842 **Hanau (Main)**

Sämtliche Klärwerks-Installationen

Neuerung: Aufstellfertig vorfabrizierte Schlammfaulungs-Kleinanlagen für 3000 bis 10000 Einwohner-GW.

Dipl.-Ing. Rud. Gaul

BAUBERATUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.
6 FRANKFURT AM MAIN
MÜNCHENER STR. 12 · RUF: 331412

PLANUNG · BERATUNG FÜR STADT · GEMEINDE · INDUSTRIE

WASSERVERSORGUNG · KANALISATION · ABWASSERREINIGUNG

Karl Dierkes

Wasserwerks- und Rohrnetzbau
Fernleitungen für Wasser, Gas, Öl

Wiesbaden, Mainzer Straße 23

Denso - Chemie GmbH, Leverkusen-Rheindorf

TOK-Rollring als Dichtung im Kanalbau

Auskunft und Beratung erteilt:

Dipl.-Ing. W. Umlauf, Frankfurt/Main-NO 14, Hofgartenweg 31
Telefon 452182

VERLEGUNG von

Akustikdecken jeder Art und Ausführung, schalldämmenden Zwischenwände und Vorsatzschalen, Körperschallweiche Aufstellung von Maschinen und Kesseln

– Lieferung von Dämmstoffen aller Art –

Ausführung · Lieferung · Beratung
DÄMMTECHNIK
v. Flemming & Co. K. G.
FRANKFURT/M.-Rödelheim
Graf-Vollrath-Weg · Tel. 782495

Gebr. **Schinkel** OHG.

ELEKTROBAU HOCH- UND NIEDERSPANNUNGSANLAGEN
WIESBADEN Fabrikation mod. Leuchten · Einzelhandel in Radio- u. Elektrogeräten
Wiesbaden-Erbenheim, Mainzer Straße 1 · Fernruf 74324

Ingenieurbüro Nemetz & Ruess

Entwurf, Bauleitung und Beratung für
Kläranlagen, Kanalisation und Wasserversorgung

6360 Kilianstädten, Bleichstraße 8-10, Tel. 06187/804

Lufttechnik · GmbH · Frankfurt

liefert und montiert

Klima- und Lüftungsanlagen

Hanauer Landstraße 41 Tel. 4391 48/49

Dipl.-Ing. Rudolf Laqua

Frankfurt (Main), Kantstraße 11, Telefon 42653

Straßenbau · Erdarbeiten · Sportanlagen

Spezialbohrungen für jeden Baugrund

Karl Junge früher Paul Junge

Spezialunternehmen für neuzeitliche Bohrungen und Bodenuntersuchungen

Frankfurt am Main · Kettenhofweg 61 · Ruf 723138

1875

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 15. Juni 1964 ist der Hinterlegungsschein Nr. 47 für das Sparkassenbuch Nr. 146 769, ausgestellt auf den Namen Josef Schönherr, Löschenrod, Krs. Fulda, für k r a f t l o s erklärt worden.

64 Fulda, 22. 6. 1964 **Städtische Sparkasse und Landesleihbank Fulda**
Der Vorstand

1876

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

Jakob Siebert, Kassel-Ndzw., Sparkassenbuch Nr. 471/11/12440; Karl Spies, Kassel-Ndzw., Sparkassenbuch Nr. 471/11/13933.

Der oder die Inhaber der vorgenannten Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

35 Kassel, 22. 6. 1964 **Kreissparkasse Kassel**
Der Vorstand

1877

Aufforderung: Frau Hedwig Ostermann, Kassel, Igelsburgstr. 21, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 333 068 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 22. 6. 1964 **Stadtsparkasse Kassel**
Der Vorstand

1878

Aufforderung: Für folgendes Sparkassenbuch ist die Kraftloserklärung beantragt worden. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Sparkassenbuch Nr. 48 380, lautend auf Helga Schäfer, Waldgirmes, Lautersstraße 416.

633 Wetzlar, 25. 6. 1964

Kreissparkasse Wetzlar
Der Vorstand

1879

Kraftloserklärung: Auf Grund des § 14 Abs. 2 Ziff. 4 des hessischen Sparkassengesetzes vom 10. 11. 1954 werden die nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt:

Sparkassenbuch Nr. 62 634 der Eheleute Helmut Falkenrodt und Hilde geb. Bode, Wetzlar, Albertstraße 2;

Sparkassenbuch Nr. 83 281 des Herrn Karl Keiner, Steindorf, Unterdorfstraße 9;

Sparkassenbuch Nr. 5885 unserer Hauptzweigstelle Braunfels, lautend auf Edeltraud Lesch geb. Könitz, Braunfels, Am Kurpark 6;

Sparkassenbuch Nr. 24 789 und Nr. 25 341 unserer Hauptzweigstelle Domplatz, lautend auf Heinrich Huisgen und Barbara Auguste geb. Reichert, Wetzlar, Haarbachstraße 20.

633 Wetzlar, 25. 6. 1964

Kreissparkasse Wetzlar
Der Vorstand

Sie fragen – wir antworten

Wird Bausparen steuerbegünstigt?



Wenn Sie Bausparer sind, erhalten Sie vom Staat einkommensteuerfreie Zuschüsse bis zu DM 400,– jährlich oder einen oft noch weitergehenden Lohnsteuernachlaß. Was für Sie am günstigsten ist, können Sie Jahr für Jahr wählen: die Höhe Ihres Einkommens gibt dabei den Ausschlag.
Diese staatlichen Zuschüsse und die Steuervorteile nach dem Bau eines Eigenheimes oder Erwerb einer Eigentumswohnung gemäß § 7 b des Einkommensteuergesetzes können auch Ihnen die Durchführung Ihres Heimstättenvorhabens erleichtern.
Wenn Sie im öffentlichen Dienst stehen, fordern Sie noch heute die kostenfreie Schrift »Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes« an. Sie unterrichtet Sie über die besonderen Leistungen, die das BHW seinen Bausparern bietet.

BHW

Beamtenheimstättenwerk
Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst
325 Hameln · Kastanienwall · Telefon: (05151) 7401

In Zuschriften an den Staats-Anzeiger **Ihre Postleitzahl nicht vergessen!**

Wer seine Gesundheit liebt, trinkt
auf alle Fälle Hessen Quelle
ein wertvolles Mineralwasser aus Bad Vilbel

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

Anerkannter Lieferant für
Bürgermeistereien, Stadtverwaltungen
und andere Dienststellen in
Büro-, Allgemein- u. Straßenbeleuchtungen etc.
SUPRALICHT GMBH. DARMSTADT
Kirschenallee 30 · Tel. 70998

Alle Schulmöbel – Tische, Stühle für Lehrer und Schüler, Schränke, Tafeln und Bilderständer liefert VS. Fordern Sie Prospekte an!
VS
Vereinigte Schulmöbelfabriken KG
Niederlassung Frankfurt am Main
Im Trutz 39 Ruf 72 62 94
SCHULMÖBEL

Großhandel in Anstaltsbedarf:
Lacher
Großküchen-Einrichtungen
Darmstadt · Ruf 70986
● PORZELLAN
● GLAS
● METALLWAREN
● MASCHINEN

Karl Reisenzahn
Papier- und Buchhandlung · Schulbedarf
Bürobedarf
Wiesbaden · Wellritzstraße 46 · Ruf 23307

Bieger
TAPETEN·GARDINEN·BODENBELÄGE
DEUTSCHE UND ORIENT-TEPPICHE
NEUE MAINZER STRASSE 38 · TEL.-SA-NR. 280751
FRANKFURT AM MAIN



1880 Öffentliche Ausschreibung

DARMSTADT: Die Erd-, Unterbau-, Profilierungs- und Fahrbahnarbeiten zum Ausbau der Bundesstraße 38a, Ortsdurchfahrt Reinheim (km 15,188 bis km 16,248) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

6500 cbm Erdarbeiten
3500 cbm Frostschutzkies
4500 t Mineralbeton
1300 t bit. Tragschicht
8500 qm Asphaltbinder 4 cm stark
8500 qm Asphaltfeinbeton 3 cm stark
2100 lfd. m Betonleitstreifen 50 cm breit
2100 lfd. m Hochbordsteine
2200 qm Bürgersteigplatten

Bauzeit: 150 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher und ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 10. 7. 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Ffm. Nr. 35599 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen B 38a Ortsdurchfahrt Reinheim". Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 17. 7. 1964, in der Zeit von 8 bis 1 Uhr, beim Hessischen Straßenbauamt Darmstadt, (Eingangsschalter).

Eröffnung: Mittwoch, den 29. 7. 1964, um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

61 Darmstadt, 23. 6. 1964 Hessisches Straßenbauamt

342 — 63a — 06 — 05

Der **Vorteil**

einer langfristigen Kreditgewährung mit der jederzeitigen Rückzahlungsmöglichkeit

liegt auf der Hand

Neuartiges Dahrlehnsprogramm für Beamte a. L.

langfristig = kleine Tilgungsraten
zinsgünstig = geldsparend
mit Ablösung etwa noch bestehender Verbindlichkeiten.

Diskrete und kostenlose Beratung

BERND MOLL Mainz, Schusterstr. 50 Telefon 3 32 50

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Druck-, Schreib-, Rotaprint- und Durchschlagpapiere
Kartei- und Aktendeckelkarton
Zeichen- und Transparentpapiere
feine Briefbogen
und Anzeigekarten

DRISSLER & Co
6000 Frankfurt am Main-Hausen, Postfach 88
Telefon Sammel-Nr. 770006 · FS: 0413128

DRUCK- UND VERLAGSHAUS
PHIL. L. FINK KG
GROSS-GERAU · TELEFON Sa.-Nr. 811
Drucksachen für Behörden und Industrie in Buch- und Offsetdruck liefert
Spezialität: Broschüren Massendrucksachen

BÜROBEDARF ZEICHENBEDARF
50 Jahre
BÜROMASCHINEN BÜROORGANISATION
– seit 1914 –
P. Both & Sohn KG. · Bad Hersfeld · Ruf 2381

FRIEDRICH BISCHOFF - DRUCKEREI
Frankfurt/M., Sophienstraße 75
Telefon 77 31 51
Wir drucken für staatliche und kommunale Verwaltungen und Behörden:
Illustration - Werkdruck - Formulare - Blocks etc.

Alles fürs Büro - Möbel, Schreibmaschinen Bürobedarf
A. Laberenz
PAPIERHANDLUNG · BÜROBEDARF
FULDA Marktstraße 20 Telefon 2687
Bequeme Teilzahlung

Verwaltungsvereinfachung
durch HINZ Buchhaltungen
HINZ Registraturen
HINZ Karteien
Paul Brunner & Co., Frankfurt/M., Bleichstr. 55, Ruf 280341

Stempel · Buchstaben · Schilder
Orientierungstafeln m. auswechselb. Buchstaben
Ecco-Türrähmchen DRGM · **Briefkastenanlagen**
ECK M. Eck Nachfg. K.G. · Telefon 284947
Frankfurt am Main, Alte Rothofstrasse 8

Der Staats-Anzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,60. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648.

Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM —,25 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,30, bis 48 Seiten DM 2,30 und DM —,40, über 48 Seiten DM 2,50 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages.

Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 20 Seiten.